



Staatsanzeiger

für Rheinland-Pfalz

Amtliche Bekanntmachungen

MONTAG, DEN 19. MÄRZ 2018

STAATSANZEIGER

NR. 9 / SEITE 273

Hinweis

**Am 9. April 2018 erscheint kein Staatsanzeiger.
Nächstes Ausgabedatum ist der 16. April 2018.**

Die Redaktion

INHALT

Seite		Seite	
	Staatskanzlei		
	Erteilung eines Exequaturs an Frau Sibel Müderrisoglu, Generalkonsulin der Republik Türkei in Mainz 273		
	Ministerium der Finanzen		
	Bekanntmachung über die Kirchensteuerbeschlüsse im Land Rheinland-Pfalz für das Kalenderjahr 2018 273		
	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion		
	Bekanntmachung der Prüfungstermine und der Anmeldefrist für die Meisterprüfung in der Hauswirtschaft 274		
	Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd		
	Bekanntmachung (Schau des Rheinhauptdeiches zwischen Speyer und Bobenheim-Roxheim) 274		
	Sonstige Veröffentlichungen		
	Auflösung des Vereins Bürgerinitiative Reset e.V., Aktenzeichen VR 20366 274		
	Auflösung des Vereins Camping-Freunde-Nahetal e.V. im DCC .. 274		
	Auflösung des Vereines VFL 1999 Kaltenholzhausen 275		
	Auflösung des Vereins Deutscher Hundefreunde e.V. 275		
	Öffentliche Bekanntmachung einer Sitzung des Ausschusses für Kunst, Kultur, pfälzische Geschichte und Volkskunde des Bezirksverbands Pfalz 275		
	Anmeldefrist und Prüfungstermine Fortbildungsprüfung zum / zur Fachassistent / in Lohn und Gehalt 2018 / 2019 der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz 275		
	Anmeldefrist und Prüfungstermine Fortbildungsprüfung zur Steuerfachwirtin / zum Steuerfachwirt 2018 / 2019 der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz .. 276		
	Auflösung des Vereins „Deutsches Rotes Kreuz Ortsverein Mombach 1905 e. V.“ 276		
	Bekanntmachung des Verbandes Region Rhein-Neckar (Dritte Offenlage des Teilregionalplans Windenergie zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar) 276		
	Verband Region Rhein-Neckar Körperschaft des öffentlichen Rechts Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Mitglieder der Verbandsversammlung, der Ausschüsse und der ehrenamtlichen Vorsitzenden 277		
	Auflösung des „Musikvereins Mehlingen 1970 e.V.“ 277		
	Auflösung des Josef Guggenmos Vereins - Kinder schreiben e.V. 277		
	Öffentliche Bekanntmachung der Planungsgemeinschaft Region Trier (7. Sitzung des Fachausschusses 1 „Raumordnung“ in der Wahlzeit 2014 / 19) 277		
	Öffentliche Ausschreibungen 277		
	Stellenausschreibungen 279		
	Bekanntmachungen der Gerichte 290		

Staatskanzlei

1173.

Erteilung eines Exequaturs an Frau Sibel Müderrisoglu, Generalkonsulin der Republik Türkei in Mainz

Bekanntmachung der Staatskanzlei
vom 8. März 2018 (01221-5/12)

Die Bundesregierung hat der zur Leiterin der berufskonsularischen Vertretung der Republik Türkei in Mainz ernannten Frau Sibel Müderrisoglu am 2. März 2018 das Exequatur als Generalkonsulin erteilt.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Arif Eser Torun am 8. Dezember 2014 erteilte Exequatur ist erloschen.

Der Konsularbezirk umfasst auch das Land Rheinland-Pfalz.

Mainz, den 8. März 2018

Der Chef der Staatskanzlei
Clemens H o c h

Ministerium der Finanzen

1174.

Bekanntmachung über die Kirchensteuerbeschlüsse im Land Rheinland-Pfalz für das Kalenderjahr 2018

Hinsichtlich der von den Landesfinanzbehörden verwalteten Kirchensteuern gelten für das Kalenderjahr 2018 folgende Hundertsätze und Beträge:

1. Die **Kirchensteuern nach dem Maßstab der Einkommen- und Lohnsteuer**

- Römisch-Katholische Kirchensteuer (rk)
- Evangelische Kirchensteuer (ev)
- Alt-Katholische Kirchensteuer (ak)
- Kultussteuer der Jüdischen Kultusgemeinden Bad Kreuznach und Koblenz (is)
- Religionsgemeinschaftssteuern der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz (fg)
- Religionsgemeinschaftssteuern der Freireligiösen Gemeinde Mainz (fm)
- Religionsgemeinschaftssteuern der Freien Religionsgemeinschaft Alzey (fa)

werden mit **9 v. H.** der nach Maßgabe des § 51a Abs. 2 bzw. 2a des Einkommensteuergesetzes (EStG) ermittelten Einkommensteuer oder Lohnsteuer erhoben.

Der Hebesatz gilt auch bei Pauschalierung der Einkommensteuer oder Lohnsteuer gemäß §§ 37a, 37b, 40, 40a Abs. 1, 2 a und 3 und § 40b EStG; er wird auf **7 v. H.** der Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer ermäßigt, wenn der zum Steuerabzug Verpflichtete von der Vereinfachungsregelung nach Nummer 1 der gleich lautenden Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 8. August 2016 (BStBl I S. 773) Gebrauch macht.

2. Die Kirchensteuern nach dem Maßstab der Kapitalertragsteuer

- a) Römisch-Katholische Kirchensteuer
wird mit **9 v. H.** oder, wenn sich der steuerliche Wohnsitz des Kirchensteuerpflichtigen in Bayern oder Baden-Württemberg, aber nicht in der Stadt Bad Wimpfen befindet, mit **8 v. H.** der Kapitalertragsteuer erhoben
- b) Evangelische Kirchensteuer
- c) Alt-Katholische Kirchensteuer
werden mit **9 v. H.** oder, wenn sich der steuerliche Wohnsitz des Kirchensteuerpflichtigen in Baden-Württemberg oder Bayern befindet, mit **8 v. H.** der Kapitalertragsteuer erhoben
- d) Kultussteuer der Jüdischen Gemeinde in Hamburg
- e) Kultussteuer der Israelitischen Kultusgemeinde Frankfurt
- f) Kultussteuer der dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen angehörenden Kultusgemeinden
- g) Kultussteuer der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Westfalen-Lippe und der Synagogengemeinde Köln
- h) Kultussteuer der Jüdischen Kultusgemeinde Bad Kreuznach
- i) Kultussteuer der Jüdischen Kultusgemeinde Koblenz
- j) Kultussteuer der Synagogengemeinde Saar
- k) Religionsgemeinschaftssteuern der Freireligiösen Gemeinde Offenbach/Main
- l) Religionsgemeinschaftssteuern der Freien Religionsgemeinschaft Alzey
- m) Religionsgemeinschaftssteuern der Freireligiösen Gemeinde Mainz
- n) Religionsgemeinschaftssteuern der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz
werden mit **9 v. H.** der Kapitalertragsteuer erhoben
- o) Kultussteuer der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden
- p) Kultussteuer der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg
- q) Kultussteuer des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern
- r) Religionsgemeinschaftssteuern der Freireligiösen Landesgemeinde Baden
werden mit **8 v. H.** der Kapitalertragsteuer erhoben.

3. Das **besondere Kirchgeld** wird von den Diözesen Limburg, Mainz und Speyer, den Evangelischen Landeskirchen, dem Katholischen Bistum der Alt-Katholiken sowie der Freireligiösen Gemeinde Mainz jeweils mit folgenden Beträgen erhoben:

Stufe	nach Maßgabe des § 51a Abs. 2 EStG ermitteltes gemeinsames zu versteuerndes Einkommen EUR	jährliches besonderes Kirchgeld EUR
1	30.000 - 37.499	96
2	37.500 - 49.999	156
3	50.000 - 62.499	276
4	62.500 - 74.999	396
5	75.000 - 87.499	540
6	87.500 - 99.999	696
7	100.000 - 124.999	840
8	125.000 - 149.999	1.200
9	150.000 - 174.999	1.560
10	175.000 - 199.999	1.860
11	200.000 - 249.999	2.220
12	250.000 - 299.999	2.940
13	300.000 und mehr	3.600

Das nach Maßgabe des § 51a Abs. 2 EStG ermittelte gemeinsame zu versteuernde Einkommen erhöht sich um die nach § 32d Abs. 1 und § 43 Abs. 5 EStG gesondert besteuerten Kapitalerträge des Kirchensteuerpflichtigen, wenn der Kirchensteuerpflichtige die Anrechnung der auf die gesondert besteuerten Kapitalerträge entfallenden Kirchensteuer beantragt.

Auf das besondere Kirchgeld wird nach Maßgabe des § 5 Abs. 2 Satz 4 des Kirchensteuergesetzes (KiStG) die Kirchensteuer nach dem Maßstab der Einkommensteuer und nach Maßgabe des § 5 Abs. 2 Satz 5 KiStG der Beitrag einer Religionsgemeinschaft oder Weltanschauungsgesellschaft, die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist und keine Kirchensteuer erhebt, angerechnet.

Mainz, den 6. März 2018

Ministerium der Finanzen
Im Auftrag
Hartmut R o s s

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion

1175.

Bekanntmachung der Prüfungstermine und der Anmeldefrist für die Meisterprüfung in der Hauswirtschaft

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier als zuständige Stelle für die Berufsbildung in der Hauswirtschaft gibt folgende Termine für die nächste Meisterprüfung in der Hauswirtschaft bekannt:

Prüfungstermin:

Die Meisterprüfung in der Hauswirtschaft findet in der Zeit **vom 3. September 2018 bis voraussichtlich 30. Juni 2019** statt.

Anmeldefrist:

30. April 2018

bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Kurfürstliches Palais, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier

Prüfungstage:

Die schriftlichen Prüfungen finden am

19. März 2019

(Prüfungsteil: Hauswirtschaftliche Versorgungs- und Betreuungsleistungen)

21. März 2019

(Prüfungsteil: Betriebs- und Unternehmensführung) und

27. März 2019

(Prüfungsteil: Berufsausbildung und Mitarbeiterführung) statt.

Die weiteren Prüfungstermine werden vom Prüfungsausschuss festgelegt.

Trier, den 8. März 2018

Aufsichts- und
Dienstleistungsdirektion
Im Auftrag
Roswitha Sie g i s m u n d

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd

1176.

Bekanntmachung

(Schau des Rheinhauptdeiches zwischen Speyer und Bobenheim-Roxheim)

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Deichmeisterei / Neubaugruppe Hochwasserschutz Speyer führt vom 10. April 2018 bis 19. April 2018 die Schau des Rheinhauptdeiches zwischen Speyer und Bobenheim-Roxheim durch.

Der Schaulplan ist im Internet unter <https://sgdsued.rlp.de/de/service/oefentlichkeitsbeteiligung-bekanntmachungen/> veröffentlicht.

Den Anliegern, Eigentümern und Nutzungsberechtigten und den nach § 63 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Verbänden wird gemäß § 101 Abs. 2 Landeswassergesetz Gelegenheit zur Teilnahme an der Deichschau gegeben. Des Weiteren werden die Anlieger, Eigentümer und Nutzungsberechtigten aufgefordert, das Betreten ihrer Grundstücke gemäß § 101 Wasserhaushaltsgesetz zu ermöglichen.

Speyer, den 1. März 2018

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Süd
Wolfgang K o c h

Sonstige Veröffentlichungen

1177.

Auflösung des Vereins Bürgerinitiative Reset e.V., Aktenzeichen VR 20366

Der Verein ist aufgelöst. Eventuelle Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem Liquidator: Winfried Heinemann, Brucknerstraße 8, 57518 Betzdorf, anzumelden.

Betzdorf, den 5. März 2018

Der Liquidator

1178.

Auflösung des Vereins Camping-Freunde-Nahetal e.V. im DCC

Der Verein Camping-Freunde-Nahetal e.V. im DCC ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem

Liquidator: Manfred Kreutz, Gammelshausen 2A, 56288 Hollnich, anzumelden.

Hollnich, den 7. März 2018

Der Liquidator

1179.

Auflösung des Vereines VFL 1999 Kaltenholzhausen

Per Mitglieder-Vollversammlung wurde am 13. Mai 2016 beschlossen, den Verein zum 31. Mai 2016 aufzulösen. Der Verein ist unter der Nr. 6VR 2475 beim Amtsgericht Montabaur eingetragen. Hiermit wird die Auflösung gem. § 50 BGB öffentlich bekannt gegeben. Als Liquidator ist gem. § 26 BGB Herr Martin Schüller, Nassauer Straße 31 in 65597 Hünfelden Dauborn, bestimmt. Eventuelle Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem Liquidator anzumelden. Die Liquidation wurde bereits im Februar 2017 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Hünfelden Dauborn, den 8. März 2018

Der Liquidator

1180.

Auflösung des Vereins Deutscher Hundefreunde e.V.

Der Verein Deutscher Hundefreunde e.V. mit Sitz in Niederfischbach ist aufgelöst. Die Gläubiger des Vereins werden aufgefordert, sich bei dem Liquidator: Eckhard Rickmann, Schlosserstraße 40, 26441 Jever, zu melden.

Jever, den 6. März 2018

Der Liquidator

1181.

Öffentliche Bekanntmachung einer Sitzung des Ausschusses für Kunst, Kultur, pfälzische Geschichte und Volkskunde des Bezirksverbands Pfalz

Am Freitag, dem 23. März 2018 findet um 10.00 Uhr, im oberen Foyer des Pfalztheaters, in 67657 Kaiserslautern, Willy-Brandt-Platz 4, eine Sitzung des Ausschusses für Kunst, Kultur, pfälzische Geschichte und Volkskunde statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

Öffentlich

TOP 1 Wahl der / des Ausschussvorsitzenden
TOP 2 Wahl der / des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

TOP 3 Vorstellung des Spielzeitberichts 2016 / 2017 des Pfalztheaters

Nichtöffentlich

TOP 3 Vorstellung des Spielplans 2018 / 2019 des Pfalztheaters

TOP 4 Bericht des Bezirkstagsvorsitzenden
Kaiserslautern, den 8. März 2018

Bezirksverband Pfalz
Theo W i e d e r
Bezirkstagsvorsitzender

1182.

Anmeldefrist und Prüfungstermine Fortbildungsprüfung zum / zur Fachassistent / in Lohn und Gehalt 2018 / 2019 der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz

Der schriftliche Teil der Fortbildungsprüfung findet am 17. Oktober 2018 statt.

Der Termin für die mündliche Prüfung wird den Prüfungsteilnehmern rechtzeitig bekannt gegeben.

Bewerberinnen und Bewerber, die zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Prüfung ihren Beschäftigungsort oder in Ermangelung einer Beschäftigung ihren Wohnsitz im Bezirk der SBK haben und die Voraussetzungen des § 9 Prüfungsordnung für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen zum / zur Fachassistent / in Lohn und Gehalt der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz Körperschaft des öffentlichen Rechts (PO) erfüllen, werden gebeten, ihre Anträge auf Zulassung zur Fortbildungsprüfung 2018 / 2019 spätestens bis zum

1. August 2018

bei der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz, Hölderlinstraße 1, 55131 Mainz, schriftlich einzureichen.

Interessenten, die weder ihren Beschäftigungsort noch ihren Wohnsitz im Inland haben, die Voraussetzungen des § 9 PO im Übrigen aber erfüllen, können ebenfalls bis zum 1. August 2018 einen Antrag auf Zulassung zur Fortbildungsprüfung 2018 / 2019 bei der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz stellen.

Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung hat auf dem von der SBK vorgeschriebenen Formular unter Beachtung der Anmeldefrist zu erfolgen. Anmeldeformulare können bei der Geschäftsstelle der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz schriftlich oder telefonisch angefordert (Ansprechpartnerin: Frau Kathe, Tel.: 06131 95210-15 oder E-Mail: Kathe@sbk-rlp.de) bzw. von der SBK-Webseite www.sbk-rlp.de heruntergeladen werden.

Bei verspäteter Anmeldung kann nicht mit der Zulassung zur Fortbildungsprüfung 2018 / 2019 gerechnet werden!

Nach § 9 Abs. 1 PO ist zur Fortbildungsprüfung zuzulassen, wer mit Erfolg die Abschlussprüfung als „Steuerfachangestellte / Steuerfachangestellter“ abgelegt hat und danach zum Ende des Monats, der dem schriftlichen Teil der Prüfung vorausgeht, eine hauptberufliche praktische Tätigkeit von mindestens einem Jahr bei einem Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, Rechtsanwalt, einer Steuerberatungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Buchprüfungsgesellschaft, Rechtsanwaltsgesellschaft oder Landwirtschaftlichen Buchstelle nachweisen kann.

Abweichend von § 9 Abs. 1 PO ist zur Prüfung auch zuzulassen,

- a) wer nachweist, dass er nach erfolgreichem Abschluss einer gleichwertigen Berufsausbildung (z. B. Rechtsanwaltsfachangestellter, Bankkaufmann, Industriekaufmann, Groß- und Außenhandelskaufmann) bis zum Ende des Monats, der dem schriftlichen Teil der Prüfung vorausgeht, mindestens drei Jahre auf dem Gebiet des Steuer- und Rechnungswesens, davon mindestens zwei Jahre bei einem Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, einer Steuerberatungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft hauptberuflich praktisch tätig gewesen ist,
- b) wer keine gleichwertige Berufsausbildung nachweisen kann, jedoch bis zum Ende des Monats, der dem schriftlichen Teil der Prüfung vorausgeht, mindestens fünf Jahre auf dem Gebiet des Steuer- und Rechnungswesens, davon mindestens drei Jahre bei einem Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, einer Steuerberatungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft hauptberuflich praktisch tätig gewesen ist.

sellschaft hauptberuflich praktisch tätig gewesen ist.

In besonderen Ausnahmefällen kann zur Prüfung auch zugelassen werden, wer durch Vorlage von Zeugnissen und Nachweisen über seine Vorbildung und den beruflichen Werdegang darlegt, dass er bei einem Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, einer Steuerberatungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft Qualifikationen erworben hat, die den Anforderungen an den Bewerber gem. Absatz 1 entsprechen.

Ausländische Bildungsabschlüsse und Zeiten der Berufstätigkeit im Ausland sind zu berücksichtigen.

Die Zulassung zur Prüfung setzt weiter voraus, dass der Prüfungsbewerber die nach der Gebührenordnung der SBK festgesetzte Zulassungs- und Prüfungsgebühr in Höhe von 350,- EUR bis zum 1. August 2018 unter Angabe des Verwendungszwecks an die Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz, Konto 80077, Sparkasse Mainz, BLZ 550 501 20, IBAN DE 25 5505 0120 0000 0800 77 (BIC MALADE51MNZ) entrichtet hat. Eine Rechnung hierüber wird nur auf Antrag erstellt.

Da besondere Verhältnisse Behinderter auf Antrag zu berücksichtigen sind, sollte, soweit eine Behinderung vorliegt, bereits bei der Anmeldung darauf hingewiesen und - soweit vorhanden - ein entsprechender Nachweis beigelegt werden.

Die Prüfung besteht aus zwei Prüfungsteilen, und zwar aus einem schriftlichen Teil und einer mündlichen Prüfung.

Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Prüfungsgebiete:

- a) Steuerrecht (insbesondere Lohnsteuerabzugsverfahren, Lohnsteueranmeldung, steuerfreier Arbeitslohn)
- b) Sozialversicherungsbeitragsrecht (insbesondere Beitragsberechnung, Meldepflichten, Statusfeststellung, Umlageverfahren, Außenprüfung)
- c) Grundzüge des Arbeitsrechts (insbesondere gesetzliche Grundlagen, Arbeitsvertragsrecht, Tarifvertragsrecht)
- d) Rechtsübergreifende Themen (insbesondere geldwerte Vorteile/Sachbezüge, Betriebliche Altersversorgung, Mehrfachbeschäftigte, besondere Personengruppen, Grundzüge der Baulohnabrechnung, Nettolohnvereinbarung, Entgeltpauschalierung, Einmalbezüge/mehrjährige Bezüge)
- e) Besondere Themen (insbesondere Kurzarbeitergeld, Pfändung, Meldevorschriften, Dokumentationspflichten, Rechtsbeihilfe, Datenschutz/Datensicherheit)

Im schriftlichen Teil der Prüfung ist eine Klausur mit praxistypischer und prüfungsgebietsübergreifender Aufgabenstellung aus den Gebieten gem. § 12 Abs. 1 zu fertigen. Die Bearbeitungszeit beträgt vier Zeitstunden.

Gegenstand der mündlichen Prüfung sind die Fertigkeiten und Kenntnisse nach § 12 Abs. 1 dieser Prüfungsordnung. In der mündlichen Prüfung soll der Prüfling zeigen, dass er praxistypische und prüfungsgebietsübergreifende Fälle lösen kann.

Die Prüfungsteilnehmer können einzeln oder in Gruppen von bis zu 5 Kandidaten geprüft werden. Die Prüfungsdauer soll je Prüfungsteilnehmer 30 Minuten nicht überschreiten.

Mainz, den 6. März 2018

Steuerberaterkammer
Rheinland-Pfalz

1183.

**Anmeldefrist und Prüfungstermine
Fortbildungsprüfung zur Steuerfachwirtin /
zum Steuerfachwirt 2018 / 2019 der
Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz**

Der schriftliche Teil der Fortbildungsprüfung findet an folgenden Tagen statt:

Mittwoch, 12. Dezember 2018
(Steuerrecht I)
Donnerstag, 13. Dezember 2018
(Steuerrecht II)
Freitag, 14. Dezember 2018
(Rechnungswesen)

Die Termine für die mündliche Prüfung werden den Prüfungsteilnehmern rechtzeitig bekannt gegeben.

Bewerberinnen und Bewerber, die zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Prüfung ihren Beschäftigungsort oder in Ermangelung einer Beschäftigung ihren Wohnsitz im Bezirk der SBK haben und die Voraussetzungen des § 9 Prüfungsordnung für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen zur Steuerfachwirtin / zum Steuerfachwirt der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz Körperschaft des öffentlichen Rechts (PO) erfüllen, werden gebeten, ihre Anträge auf Zulassung zur Fortbildungsprüfung 2018 / 2019 spätestens bis zum

1. Oktober 2018

bei der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz, Hölderlinstraße 1, 55131 Mainz, schriftlich im Original einzureichen.

Interessenten, die weder ihren Beschäftigungsort noch ihren Wohnsitz im Inland haben, die Voraussetzungen des § 9 PO im Übrigen aber erfüllen, können ebenfalls bis zum 1. Oktober 2018 einen Antrag auf Zulassung zur Fortbildungsprüfung 2018 / 2019 bei der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz stellen.

Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung hat im Original auf dem von der SBK vorgeschriebenen Formular unter Beachtung der Anmeldefrist zu erfolgen. Anmeldeformulare können bei der Geschäftsstelle der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz schriftlich oder telefonisch angefordert (Ansprechpartnerin: Frau Kathe, Tel.: 06131 95210-15 oder E-Mail: Kathe@sbk-rlp.de) oder von der Website www.sbk-rlp.de bezogen werden.

Bei verspäteter Anmeldung kann nicht mit der Zulassung zur Fortbildungsprüfung 2018 / 2019 gerechnet werden!

Nach § 9 Abs. 1 PO ist zur Fortbildungsprüfung zuzulassen, wer mit Erfolg die Abschlussprüfung als „Steuerfachangestellte / r“ abgelegt hat und zum Ende des Monats, der dem schriftlichen Teil der Prüfung vorausgeht, eine hauptberufliche praktische Tätigkeit auf dem Gebiet des Steuer- und Rechnungswesens von mindestens drei Jahren bei einem Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, Rechtsanwalt, einer Steuerberatungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Buchprüfungsgesellschaft, Rechtsanwaltskanzlei oder Landwirtschaftlichen Buchstelle nachweisen kann.

Abweichend von § 9 Abs. 1 PO ist zur Prüfung auch zuzulassen,

- a) wer nachweist, dass er nach erfolgreichem Abschluss einer gleichwertigen Berufsausbildung (z. B. Rechtsanwaltsfachangestellter, Bankkaufmann, Industriekaufmann, Groß- und Außenhandelskaufmann) bis zum Ende des Monats, der dem schriftlichen Teil der Prüfung vorausgeht, mindestens fünf Jahre auf dem Gebiet des Steuer- und Rechnungswesens, davon mindestens drei Jahre bei einem Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, einer Steuerberatungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft hauptberuflich praktisch tätig gewesen ist.

- b) wer keine gleichwertige Berufsausbildung nachweisen kann, jedoch bis zum Ende des Monats, der dem schriftlichen Teil der Prüfung vorausgeht, mindestens acht Jahre auf dem Gebiet des Steuer- und Rechnungswesens, davon mindestens fünf Jahre bei einem Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, einer Steuerberatungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft hauptberuflich praktisch tätig gewesen ist.

In besonderen Ausnahmefällen kann zur Prüfung auch zugelassen werden, wer durch Vorlage von Zeugnissen und Nachweisen über seine Vorbildung und den beruflichen Werdegang darlegt, dass er bei einem Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, einer Steuerberatungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft Qualifikationen erworben hat, die den Anforderungen an den Bewerber gem. § 9 Abs. 1 PO entsprechen.

Ausländische Bildungsabschlüsse und Zeiten der Berufstätigkeit im Ausland sind zu berücksichtigen.

Die Zulassung zur Prüfung setzt weiter voraus, dass der Prüfungsbewerber die nach der Gebührenordnung der SBK festgesetzte Zulassungs- und Prüfungsgebühr in Höhe von 350,- EUR bis zum 1. Oktober 2018 unter Angabe des Verwendungszwecks an die Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz, Konto 80077, Sparkasse Mainz, BLZ 550 501 20, IBAN DE25 5505 0120 0000 0800 77 (BIC MALADE51MNZ) entrichtet hat. Eine Rechnung hierfür wird nur auf Antrag erstellt.

Da besondere Verhältnisse Behinderter auf Antrag zu berücksichtigen sind, sollte, soweit eine Behinderung vorliegt, bereits bei der Anmeldung darauf hingewiesen und - soweit vorhanden - ein entsprechender Nachweis beigelegt werden.

Die Prüfung besteht aus vier Prüfungsfächern, und zwar aus einem schriftlichen Teil mit drei Klausuren und einer mündlichen Prüfung.

Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Prüfungsgebiete:

- Allgemeines Steuerrecht (Abgabenordnung, Bewertungsgesetz)
- Besonderes Steuerrecht (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Erbschaft- und Schenkungsteuer, Grunderwerbsteuer)
- Rechnungswesen (Buchführung und Rechnungslegung nach Handelsrecht und nach Steuerrecht)
- Jahresabschlussanalyse, Kosten- und Leistungsrechnung, Finanzierung
- Grundzüge des Bürgerlichen Rechts, des Handels- und Gesellschaftsrechts, des Arbeitsrechts, des Sozialversicherungsrechts sowie des Steuerberatungsrechts.

Im schriftlichen Teil der Prüfung ist je eine Klausur mit praxistypischer und fächerübergreifender Aufgabenstellung aus folgenden Gebieten zu fertigen:

- a) Steuerrecht I (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer)

- b) Steuerrecht II (Umsatzsteuer, Erbschaft- und Schenkungsteuer, Abgabenordnung, Bewertungsgesetz)
- c) Rechnungswesen (Buchführung und Rechnungslegung nach Handelsrecht und nach Steuerrecht, Jahresabschlussanalyse, Kosten- und Leistungsrechnung, Finanzierung, Grundzüge des Gesellschaftsrechts).

Die Bearbeitungszeit beträgt für die Klausuren zu a) und b) vier und für die Klausur zu c) fünf Zeitstunden.

Das vierte, mündlich zu prüfende Fach besteht aus einem praxisorientierten Situationsgespräch. Der Prüfling soll ausgehend von einem ihm mit einer Vorbereitungszeit von fünfzehn Minuten gestellten praxisbezogenen Fall zeigen, dass er in der Lage ist,

- Sachverhalte systematisch zu analysieren, zielorientiert zu bearbeiten und darzustellen sowie
- Gespräche situationsbezogen vorzubereiten und durchzuführen.

Der Präsentation der Lösung der gestellten Aufgabe schließt sich ein Fachgespräch an. Die Prüfungsdauer soll je Prüfungsteilnehmer 30 Minuten nicht überschreiten.

Mainz, den 6. März 2018

Steuerberaterkammer
Rheinland-Pfalz

1184.

**Auflösung des Vereins
„Deutsches Rotes Kreuz
Ortsverein Mombach 1905 e. V.“**

Der Verein „Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverein Mombach 1905 e. V.“ wurde zum 31. Dezember 2017 durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 14. November 2017 aufgelöst. Die entsprechende Anmeldung liegt dem Amtsgericht Mainz, Registergericht, vor. Als Liquidatoren wurden benannt: Karl-Heinz D'Avis, Willy-Brandt-Platz 14, 55122 Mainz-Gonsenheim; Dr. Eleonore Lossen-Geissler, Westring 25, 55120 Mainz-Mombach.

Mainz, den 7. März 2018

Die Liquidatoren

1185.

**Bekanntmachung
des Verbandes Region Rhein-Neckar
(Dritte Offenlage des Teilregionalplans
Windenergie zum Einheitlichen
Regionalplan Rhein-Neckar)**

Der Teilregionalplan Windenergie zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar befindet sich derzeit in Aufstellung und wurde mit Beschlussfassung der Verbandsversammlung des Verbandes Region Rhein-Neckar vom 8. Dezember 2017 als Entwurf zur dritten Anhörung gem. § 10 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPlG) Rheinland-Pfalz und zur Beteiligung gem. § 6 Abs. 4 LPlG Rheinland-Pfalz angenommen.

Die Entwürfe des Teilregionalplans Windenergie und des dazugehörigen Umweltberichts können in der **Geschäftsstelle des Verbandes Region Rhein-Neckar**, M1, 4-5, 3. OG, Zimmer 3.03, 68161 Mannheim, sowie in den Diensträumen der **Kreisverwaltungen und Landratsämter**

- Bad Dürkheim, Informations-Counter im Foyer, Philipp-Fauth-Straße 11, 67098 Bad Dürkheim
- Bergstraße, Bürgerbüro, Graben 15, 64646 Heppenheim

- Germersheim, Hauptgebäude - Information, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim
- Neckar-Odenwald-Kreis, Geb. 8, EG, Neckarelzer Straße 7, 74821 Mosbach
- Rhein-Neckar-Kreis, Baurechtsamt, Raum 409, Kurpfalzring 106, 69123 Heidelberg-Pfaffengrund
- Rhein-Pfalz-Kreis, Kreishaus, Raum A420 / Raum C416, 4. OG, Europaplatz 5, 67063 Ludwigshafen
- Südliche Weinstraße, Untere Landesplanungsbehörde, Zimmer 311, An der Kreuzmühle 2, 76829 Landau

sowie bei den **Stadtverwaltungen** der kreisfreien Städte bzw. Stadtkreise

- Frankenthal, Verwaltungsgebäude Neumayerring 72, Bereich Planen und Bauen, Abt. Stadtplanung und -entwicklung, Zimmer 321, 67227 Frankenthal (Pfalz)
- Heidelberg, Technisches Bürgeramt, Prinz Carl, Kornmarkt 1, 69117 Heidelberg
- Landau, Stadtbauamt Landau, Bürgerbüro, Zimmer 2, Königstraße 21, 76829 Landau
- Ludwigshafen am Rhein, Jaegerstraße 1, 2. OG, Zimmer 214, 67059 Ludwigshafen am Rhein
- Mannheim, Beratungszentrum Bauen und Umwelt, Collinstraße 1, 68161 Mannheim
- Neustadt an der Weinstraße, Stadthaus III, Abteilung Stadtplanung, im Baubürgerzentrum (im Erdgeschoss links), Amalienstraße 6, 67434 Neustadt an der Weinstraße
- Speyer, Abt. Stadtplanung, 3. OG, Zimmer 301, Maximilianstraße 100, 67346 Speyer
- Worms, Rathaus am Marktplatz, Abt. 6.1 Stadtplanung und Bauaufsicht, 1. OG, Raum 133, 67547 Worms

zu den jeweils ortsüblichen Dienstzeiten, in der Zeit vom **4. April bis 18. Mai 2018** eingesehen werden.

Weiterhin ist der Planentwurf in diesem Zeitraum im Internet unter www.vrrn.de einzusehen. Anregungen können bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder in elektronischer Form an die Geschäftsstelle des Verbandes Region Rhein-Neckar an o.g. Adresse oder an teilregionalplan.windenergie@vrrn.de gerichtet werden. Rechtsansprüche werden durch die Einbeziehung der Öffentlichkeit nicht begründet.

Mannheim, den 19. März 2018

Verband Region Rhein-Neckar
Stefan Dallinger
Verbandsvorsitzender

1186.

Verband Region Rhein-Neckar Körperschaft des öffentlichen Rechts

Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Mitglieder der Versammlungen, der Ausschüsse und der ehrenamtlichen Vorsitzenden

§ 1

In der Entschädigungssatzung der Mitglieder der Versammlungen, der Ausschüsse und der ehrenamtlichen Vorsitzenden wird folgende Änderung vorgenommen:

„§ 1 Auslagenersatz

(1) Die Mitglieder der Versammlungen, des Verwaltungsrates, des Planungsausschusses / der Planungsausschüsse und

des Ausschusses für Regionalentwicklung und Regionalmanagement erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Gremien, denen sie angehören, je Sitzung einen pauschalierten Auslagenersatz einschließlich Reisekosten (ohne Wegstreckenentschädigung) in Höhe von 60,- EUR. Den gleichen Betrag erhalten sie für die Teilnahme an Besprechungen oder Besichtigungen soweit sie dazu vom Verband eingeladen sind oder die Teilnahme vorher genehmigt worden ist; ebenso für die Teilnahme an Fraktionsitzungen und Fraktionsvorstandssitzungen.

§ 3

Entschädigung der Vorsitzenden

(1) Als pauschalierten Auslagen- und Verdienstausfallersatz erhalten

- ehrenamtlich tätige Verbandsvorsitzende eine monatliche Entschädigung von 500,- EUR;
- die stellvertretenden Vorsitzenden eine monatliche Entschädigung von 200,- EUR,
- die Fraktionsvorsitzenden eine monatliche Entschädigung von 300,- EUR,
- die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden eine monatliche Entschädigung von 100,- EUR,
- weitere stellvertretende Fraktionsvorsitzenden (je 20 Fraktionsmitglieder ein / eine weiterer / weitere Fraktionsvorsitzender / Fraktionsvorsitzende) eine monatliche Entschädigung von 100,- EUR,
- die Vorsitzenden der Ausschüsse eine monatliche Entschädigung von 150,- EUR
- die stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse eine monatliche Entschädigung von 100,- EUR

(2) Bei Wahrnehmung mehrerer Funktionen nach Absatz 1 wird die Entschädigung nur einmal gewährt.“

§ 2

Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt zum 1. Januar 2018 in Kraft.

Mannheim, den 19. März 2018

Verband Region Rhein-Neckar
Stefan Dallinger
Verbandsvorsitzender

1187.

Auflösung des „Musikvereins Mehlingen 1970 e.V.“

Der „Musikverein Mehlingen 1970 e.V.“ ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren: Sylvia Stockhaus, Langenfeldstraße 44, 67655 Kaiserslautern; Monika Rettig, Friedrichstraße 4, 67678 Mehlingen; Gerhard Hoffmann, Uhlandstraße 9, 67677 Enkenbach-Alsenborn; anzumelden.

Mehlingen, den 4. März 2018

Die Liquidatoren

1188.

Auflösung des Josef Guggenmos Vereins - Kinder schreiben e.V.

Der Verein Josef Guggenmos - Kinder schreiben e.V. ist aufgelöst. Gläubiger werden aufgefordert, sich bei diesem zu melden. Der Liquidator ist: Herr Arno Thomas, Bahnhofstraße 1, 56355 Nastätten.

Nastätten, den 28. Februar 2018

Der Liquidator

1189.

Öffentliche Bekanntmachung der Planungsgemeinschaft Region Trier (7. Sitzung des Fachausschusses 1 „Raumordnung“ in der Wahlzeit 2014 / 19)

Am Mittwoch, den 21. März 2018, findet um 17.00 Uhr im Sitzungssaal 305 im Dienstgebäude der Landesverwaltung, Deworastraße 8, 54290 Trier, die 7. Sitzung des Fachausschusses 1 „Raumordnung“ der Planungsgemeinschaft Region Trier in der Wahlzeit 2014 / 19 statt. Die Sitzung ist gem. §§ 35 und 46 GemO i. V. m. § 15 LPiG öffentlich.

Tagesordnung:

TOP 1: Neuaufstellung Regionalplan:

- 1.1 Änderung des Fachkapitels II.4.2.3.3 „Windenergie“ des ROPneuE
- 1.2 Anfrage zur Überprüfung der Abgrenzung der lahiKula südöstlich Rioll - Antwort des MdL
- 1.3 Änderung des Fachkapitels II.1 „Allgemeine Grundsätze zur Entwicklung der Region Trier“ des ROPneuE
- 1.4 Abwägung über Anregungen und Hinweise zum Planentwurf - Block A: kommunale Einwendungen (A.1: LK BKS-WIL)
- 1.5 Lösungsdialog Rohstoffsicherung Vulkaneifel - Sachstand

TOP 2: Verschiedenes

Trier, den 6. März 2018

Planungsgemeinschaft
Region Trier
Der Vorsitzende
Landrat Günther Scharitz

Öffentliche Ausschreibungen

1190.

Hinweis auf eine öffentliche Ausschreibung nach § 3 (1) VOB/A

Die Pfalzlinikum Service GmbH - Bau- und Flächenmanagement - schreibt für das Pfalzlinikum für Psychiatrie und Neurologie AdÖR die Aufstockung E4 Gebäude 64 des Pfalzlinikums am Standort Kaiserslautern mit folgenden Losen:

- VWR23_400-01 - Abwasser-, Wasser-, Gas-, Wärmeversorgungsanlagen & Feuerlöschtechnik

öffentlich aus. Den vollständigen Bekanntmachungstext sowie den Link zum Download der Vergabeunterlagen finden Sie im Internet unter der Adresse <http://www.pfalzlinikum.de/ueber-uns/ausschreibungen/> oder unter <http://www.vergabeberatungsstelle.de/aktuelle-ausschreibungen>.

Klingenberg, den 7. März 2018

1191.

Baumaßnahme:
Fraunhofer Fraunhofer-ICT-IMM, Mainz
Erweiterungsbau mit Laborräumen und Technikum
Vergabenummer:
V_173_755990_05
Gewerk:
Dachabdichtungsarbeiten

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

- I.1 Bezeichnung:
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.
Vergabestelle Bau
z. Hd. Falk Woldt
Hansastraße 27c, 80686 München,
Deutschland
Telefon / Telefax:
+49 (0)89 1205-3299 /
+49 (0)89 1205-7518
Internet / Beschafferprofil:
www.fraunhofer.de

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

- II.1.1 Verg.Nr. - Bezeichnung:
V_173_755990_05_
Dachabdichtungsarbeiten
- II.1.2 Art des Auftrags:
Ausführung von Bauleistungen
Ausführungsort:
Fraunhofer-ICT-IMM, Mainz
Carl-Zeiss-Straße 18 - 20,
55129 Mainz
Maßnahme:
Erweiterungsbau mit Laborräumen
und Technikum
- II.1.6 CPV-Code: 45261410-1
- II.1.8 Aufteilung in Lose: Nein
Anzahl Lose: 1
- II.1.9 Nebenangebote:
nicht zugelassen, Einschränkungen
siehe ggf. auch II.2.1
- II.2.1 Menge oder Umfang des Auftrages
(ca.):
Dampfsperrbahnen, Elastomerbitu-
men-Schweißbahnen 1580 m²
Dachabdichtung Polymerbitumen-
bahnen 1580 m²
Gefälledämmung EPS-Hartschaum
035 DAA dm 1090 m²
Gefälledämmung XPS-Hartschaum
035 DAA ds 121 m²
Gefälledämmung Steinwolle 035
DAA dh 32 m²
extensive Dachbegrünung 570 m²
Bekiesung 520 m²
Betonwerksteinplatten 35 m²
Notüberläufe 23 Stück
Absturzsicherung Anschlagpunkte
45 Stück
- II.3 Ausführungsfristen:
Beginn: 25. Juni 2018
Ende: 10. Juni 2019

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Information

- III.1.1 geforderte Sicherheiten:
Bürgschaften gemäß VHB-Bund
Formblatt 421 / 422 ab einer Auf-
tragshöhe von 250.000,- EUR und ggf.
423
- III.1.2 Zahlungsbedingungen:
Nach VOB und Vergabeunterlagen
- III.1.3 Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit be-
vollmächtigtem Vertreter
- III.1.4 Sonstige besondere Bedingungen für
die Auftragserteilung:
siehe Bekanntmachung im Supple-
ment zum Amtsblatt der Europäischen
Union
- III.2 Geforderte Nachweise:
siehe Bekanntmachung im Supple-
ment zum Amtsblatt der Europäischen
Union

Abschnitt IV: Verfahren

- IV.1 Verfahrensart:
Offenes Verfahren

- IV.2 Zuschlagskriterien:
Preis
- IV.3.1 Aktenzeichen:
V_173_755990_05_
Dachabdichtungsarbeiten
- IV.3.2 Vorinformation: - vom: -
- IV.3.3 Bedingungen für den Erhalt der Ver-
gabeunterlagen:
Anforderung Unterlagen erhältlich
bei:
Die Vergabeunterlagen können aus-
schließlich über das Vergabeportal
der deutschen e-Vergabe unter
www.deutsche-evergabe.de abgerufen
werden.
Kosten: keine
Hinweise:
Nach § 11 EU und § 12a EU VOB/A
haben wir uns entschieden, die Verga-
beunterlagen ausschließlich digital
über die Deutsche eVergabe anzubie-
ten. Wir weisen darauf hin, dass für
den Erhalt von Bieterinformationen,
der Kommunikation mit der Vergabe-
stelle und zur digitalen Abgabe eines
Angebotes eine Registrierung erfor-
derlich ist. Das Risiko bei einer
Nichtregistrierung liegt beim Bewer-
ber/Bieter.
- IV.3.6 Sprache in der das Angebot abzufas-
sen ist: deutsch
- IV.3.7 Bindefrist des Angebots:
Datum: 12. Juni 2018
- IV.3.8 Angebotseröffnung:
Datum: 13. April 2018
Uhrzeit: 11.00 Uhr
Ort: siehe Vergabeunterlagen
Personen, die bei der Öffnung der An-
gebote anwesend sein dürfen: keine

Abschnitt VI: andere Informationen

- VI.3 Zusätzliche Angaben:
Diese Bekanntmachung enthält nur
die wichtigsten Angaben. Die voll-
ständige Bekanntmachung ist über
das Supplement zum Amtsblatt der
Europäischen Union abrufbar.
- VI.4 Zuständige Stelle für Nachprüfungs-
verfahren (gem. § 21 EU VOB/A):
Vergabekammer des Bundes beim
Bundeskartellamt
Villemombler Straße 76, 53123 Bonn
- VI.5 Tag der Absendung dieser Bekannt-
machung an das Amt für Veröffentli-
chungen der Europäischen Union:
8. März 2018

1192 .

- Baumaßnahme:
Fraunhofer Fraunhofer-ICT-IMM, Mainz
Erweiterungsbau mit Laborräumen und
Technikum
Vergabenummer:
V_173_755990_10
Gewerk:
Tischlerarbeiten

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

- I.1 Bezeichnung:
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förde-
rung der angewandten Forschung e.V.
Vergabestelle Bau
z. Hd. Falk Woldt
Hansastraße 27c, 80686 München,
Deutschland
Telefon / Telefax:
+49 (0)89 1205-3299 /
+49 (0)89 1205-7518

Internet / Beschafferprofil:
www.fraunhofer.de

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

- II.1.1 Verg.Nr. - Bezeichnung:
V_173_755990_10_
Tischlerarbeiten
- II.1.2 Art des Auftrags:
Ausführung von Bauleistungen
Ausführungsort:
Fraunhofer-ICT-IMM, Mainz
Carl-Zeiss-Straße 18 - 20,
55129 Mainz
Maßnahme:
Erweiterungsbau mit Laborräumen
und Technikum
- II.1.6 CPV-Code: 45421100-5; 45421130-4
- II.1.8 Aufteilung in Lose: Nein
Anzahl Lose: 1
- II.1.9 Nebenangebote:
nicht zugelassen, Einschränkungen
siehe ggf. auch II.2.1
- II.2.1 Menge oder Umfang des Auftrages
(ca.):
Türen ohne Brandschutz:
17 Holztüren 1-flügelig bis 126 x
213,5 cm,
15 Türen 2-flügelig bis 200 x 280 cm,
Türen mit T30-Brandschutz, teilweise
auch Rauchschutz:
9 Holztüren 1-flügelig bis 135x250
cm,
3 Holztüren 2-flügelig bis 225x250 cm
- II.3 Ausführungsfristen:
Beginn: 30. Oktober 2018
Ende: 13. März 2019

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Information

- III.1.1 geforderte Sicherheiten: -
- III.1.2 Zahlungsbedingungen:
Nach VOB und Vergabeunterlagen
- III.1.3 Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit be-
vollmächtigtem Vertreter
- III.1.4 Sonstige besondere Bedingungen für
die Auftragserteilung:
siehe Bekanntmachung im Supple-
ment zum Amtsblatt der Europäischen
Union
- III.2 Geforderte Nachweise:
siehe Bekanntmachung im Supple-
ment zum Amtsblatt der Europäischen
Union

Abschnitt IV: Verfahren

- IV.1 Verfahrensart:
Offenes Verfahren
- IV.2 Zuschlagskriterien:
Preis
- IV.3.1 Aktenzeichen:
V_173_755990_10_
Tischlerarbeiten
- IV.3.2 Vorinformation: - vom: -
- IV.3.3 Bedingungen für den Erhalt der Ver-
gabeunterlagen:
Anforderung Unterlagen erhältlich
bei:
Die Vergabeunterlagen können aus-
schließlich über das Vergabeportal
der deutschen e-Vergabe unter
www.deutsche-evergabe.de abgerufen
werden.
Kosten: keine
Hinweise:
Nach § 11 EU und § 12a EU VOB/A
haben wir uns entschieden, die Verga-
beunterlagen ausschließlich digital
über die Deutsche eVergabe anzubie-

ten. Wir weisen darauf hin, dass für den Erhalt von Bieterinformationen, der Kommunikation mit der Vergabestelle und zur digitalen Abgabe eines Angebotes eine Registrierung erforderlich ist. Das Risiko bei einer Nichtregistrierung liegt beim Bewerber/Bieter.

IV.3.6 Sprache in der das Angebot abzufassen ist: deutsch

IV.3.7 Bindefrist des Angebots:
Datum: 19. Juni 2018

IV.3.8 Angebotseröffnung:
Datum: 20. April 2018
Uhrzeit: 11.00 Uhr
Ort: siehe Vergabeunterlagen
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: keine

Abschnitt VI: andere Informationen

VI.3 Zusätzliche Angaben:
Diese Bekanntmachung enthält nur die wichtigsten Angaben. Die vollständige Bekanntmachung ist über das Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union abrufbar.

VI.4 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren (gem. § 21 EU VOB/A):
Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Villemombler Straße 76, 53123 Bonn

VI.5 Tag der Absendung dieser Bekanntmachung an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union:
8. März 2018

Stellenausschreibungen

1193.

Im Bereich der rheinland-pfälzischen Polizei ist bei dem
POLIZEIPRÄSIDIUM EINSATZ,
LOGISTIK UND TECHNIK zum
nächstmöglichen Zeitpunkt die

Leitung der Abteilung Spezialeinheiten (SE)

neu zu besetzen. Die Stelle ist der Besoldungsgruppe A 15 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) zugeordnet.

Den Aufgabenbereich prägen folgende Tätigkeiten:

- Führung der Abteilung SE,
- Dienst- und Dienstaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- Sicherstellung der personellen und materiellen Einsatzfähigkeit der Abteilung SE,
- Führung von Einsätzen der Abteilung SE, in BAO-Lagen auf Abschnittebene,
- Durchführung strafprozessualer und polizeirechtlicher Maßnahmen mit hohem Gefährdungsgrad, insbesondere in den Bereichen Schwerstkriminalität, Organisierte Kriminalität und Terrorismus sowie im Rahmen des Personenschutzes,
- Kontaktpflege und Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen der Spezialeinheiten der beteiligten Länder im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung,
- Mitarbeit in Gremien auf Bundes- und Landesebene.

Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und

Polizeibeamte mit abgeschlossenem Masterstudium an der Deutschen Hochschule der Polizei oder vergleichbarem Abschluss, welche ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 LBesG innehaben. Daneben werden eine erfolgreiche Teilnahme an einem SEK- oder MEK-Grundlehrgang und eine fünfjährige möglichst unterschiedliche Führungsverwendung im administrativen oder operativen Aufgabenspektrum der Abteilung SE bzw. den Vorgängerorganisationen vorausgesetzt.

Von der Bewerberin / dem Bewerber werden darüber hinaus erwartet: Fachkompetenz, Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Belastbarkeit (auch in zeitlicher Hinsicht), Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit sowie die Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Ministerium des Innern und für Sport für die nachgeordneten Polizeibehörden eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in seinem Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Im Bereich der rheinland-pfälzischen Polizei wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Maßnahmen unterstützt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbungen werden **innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung erbeten an das

Ministerium des Innern und für Sport

- Referat 342 -
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz

oder in elektronischer Form an

Referat342@mdi.polizei.rlp.de

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

1194.

Das Land Rheinland-Pfalz stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt beim
DIENSTLEISTUNGSZENTRUM
LÄNDLICHER RAUM
RHEINHESSEN-NAHE-HUNSRÜCK
in BAD KREUZNACH

**zwei Diplom-Ingenieurinnen (FH) /
Diplom-Ingenieure (FH)
bzw. Bachelor of Science
der Fachrichtung Vermessung /
Geoinformatik, Agrarwissenschaften,
Geographie oder Informatik**

in Vollzeit unbefristet ein.

Aufgabengebiet

- Mitarbeit bei der Neuentwicklung, Einführung, Pflege und Fortentwicklung technischer Verfahren in den Bereichen Landentwicklung und Agraranwendungen, insbesondere im Bereich Datenbankanwendungen
- Mitarbeit bei der Aus- und Fortbildung über technische Entwicklungen
- Landesweiter Support für technische Verfahren
- Mitarbeit in technischen Arbeitskreisen

Erwartet werden:

- Abgeschlossenes Hochschulstudium (Dipl.-Ing. (FH) bzw. Bachelor of Science) der Fachrichtung Vermessung / Geoinformatik, Agrarwissenschaften, Geographie oder Informatik
- Fundierte EDV- und Programmierkenntnisse sowie Erfahrung mit Datenbank- und Geoinformationssystemen
- Besonders ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein und hohe Sensibilität für Sicherheitsvorgaben und im Umgang mit vertraulichen Daten
- Kommunikations-, Koordinations-, Motivations- und Teamfähigkeit
- Fähigkeit zum selbstständigen und eigenverantwortlichen Arbeiten
- Konzeptionell ausgerichtetes Denk- und Handlungsvermögen
- Hohe Belastbarkeit und Flexibilität

Das Beschäftigungsverhältnis richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und die Entgeltzahlung erfolgt nach Entgeltgruppe 10 TV-L bzw. nach Entgeltgruppe 11 TV-L.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine weitere Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die Bewerbung mit den üblichen Unterlagen senden Sie bitte **bis zum 31. März 2018** an die

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Referat 12
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier**

Wir bitten Sie, Ihre Bewerbungsunterlagen nur als Kopien (ohne Mappen) einzureichen, da keine Rücksendung erfolgt.

1195.

Bei der AUFSICHTS- UND DIENSTLEISTUNGSDIREKTION (ADD) ist in Abteilung 3 - Schulen im Bereich der „Querschnittsaufgabe Schulstatistik“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine unbefristete Stelle für

**eine / einen
Webentwickler (m / w)**

zu besetzen. Sie arbeiten vorzugsweise am Standort Neustadt. Nach Einarbeitung besteht die Möglichkeit, Teilaufgaben in Telearbeit zu erledigen.

Das Aufgabengebiet umfasst schwerpunktmäßig

- Entwicklung anspruchsvoller verteilter Webanwendungen zur Planung der Unterrichtsversorgung öffentlicher und privater Schulen in Rheinland-Pfalz
- Konzeption und Umsetzung von Produkten im Bereich der Schulorganisationsplanung
- Mitarbeit im gesamten Engineering-Prozess
- Java und / oder PHP Programmierung
- Datenbankentwicklung
- Datenimport aus bestehenden Systemen
- Evaluation

Von den Bewerberinnen und Bewerbern werden insbesondere erwartet:

- abgeschlossenes Studium an einer Fachhochschule oder Berufsakademie (Diplom- oder Bachelor-Studiengang) oder an der Universität (Bachelor-Studiengang) z.B. in den Studienrichtungen Informatik, Wirtschaftsinformatik, Verwaltungsinformatik
- Erfahrung bei der Erstellung von Web-Anwendungen
- sicherer Umgang mit Java / JavaScript und / oder PHP-basierten Client / Server-Architekturen
- Erfahrungen mit SQL-Datenbanken
- sehr gute MS-Office, insbesondere Excel-Kenntnisse
- projektbezogene Mitarbeit an anderen Standorten der ADD

Neben den fachlichen Kenntnissen werden eine ausgeprägte Team- und Kommunikationsfähigkeit, selbstständiges Arbeiten, Zuverlässigkeit, strukturierte Arbeitsweise und gute Auffassungsgabe, Flexibilität, Belastbarkeit, Lern- und Fortbildungsbereitschaft, dienstleistungsorientiertes Denken und Handeln erwartet. Unser Team im Bereich der Querschnittsaufgabe Schulstatistik umfasst derzeit sieben Mitarbeiter / innen.

Die unbefristete Beschäftigung richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Bei Nachweis einer abgeschlossenen einschlägigen Hochschulausbildung (Bachelor- oder entsprechender Hochschulabschluss) ist eine Eingruppierung in die Entgeltgruppe 11 TV-L vorgesehen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen / Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Auf Wunsch wird die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung geprüft.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden **bis 10. April 2018**

auf dem schriftlichen Weg oder per E-Mail erbeten an:

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Personalreferat
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier
bewerbung@add.rlp.de**

Für Rückfragen erreichen Sie Herrn Stengel unter der Rufnummer 06321 992261.

Eine Rückgabe der Bewerbungsunterlagen erfolgt nur, sofern der Bewerbung ein Freiumschlag beiliegt. Ansonsten werden die Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzgerecht vernichtet.

1196.

Beim
LANDESBIBLIOTHEKSZENTRUM
RHEINLAND-PFALZ ist am Standort Nord in Koblenz zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine unbefristete Vollzeitstelle in der Abteilung Informationstechnologie

zu besetzen.

1. Stellenumfang / Teilzeitfähigkeit

Es handelt sich um eine Vollzeitstelle mit 39 Wochenstunden regelmäßiger Arbeitszeit. Die Stelle ist teilbar bzw. teilzeitfähig, soweit die vollumfängliche Aufgabenwahrnehmung sichergestellt werden kann. Die Stelle ist unbefristet zu besetzen.

2. Stellenbewertung / Eingruppierung

Die Eingruppierung der Bewerberinnen und Bewerber erfolgt nach TV-L und unter Berücksichtigung der Qualifikation und der endgültigen Aufgabenzuweisung bis zur Entgeltgruppe 10. Die Stufenzuordnung erfolgt unter Berücksichtigung von Qualifikation, Berufserfahrung und Kenntnisstand.

3. Organisatorische Anbindung

Standort: Standort Nord, Koblenz
Abteilung: Informationstechnologie

4. Aufgaben

- Die Aufgabenschwerpunkte sind:
- Erneuerung und Administration der Client-Infrastruktur und Peripherie-Geräte
 - Optimierung des File-Managements mit zusätzlicher Einführung von Archivierungsfunktionen
 - Weiterentwicklung und Betreuung des Intranets
 - Administration der Web- und FTP-Server
 - Betreuung und Auswertung von Datenbanksystemen
 - First- / Second-Level-Support

5. Formale Voraussetzungen

Der Bewerber / Die Bewerberin sollte über ein abgeschlossenes Studium der Informatik (Diplom-Informatiker oder Bachelor) oder eine vergleichbare Qualifikation verfügen.

6. Aufgabenbezogene Kompetenzen

- Langjährige und einschlägige Berufserfahrung im IT-Bereich

- Sehr gute Fachkenntnisse auf dem Gebiet von Microsoft Client- und Server-Betriebssysteme
- Fachwissen bei Citrix Terminal-Server, MS IIS, MS SharePoint, MS SQL-Server, MySQL
- Erfahrungen im Bereich der BSI-Grundschutzkataloge oder DSGVO

Wünschenswert sind (Grund-) Kenntnissen in den Gebieten:

- virtuelle Infrastruktur (VMware, Hyper-V, DataCore)
- Programmiersprache PHP
- Cloud-Erfahrung

7. Persönliche Kompetenzen

- Eigeninitiative und eigenverantwortliche Arbeitsweise
- Interesse an neuen Projekten
- Kommunikationsgeschick
- Belastbarkeit
- Gute Deutsch- und Englischkenntnisse
- Bereitschaft zu (mehrtägigen) Dienstreisen
- Führerschein der Klasse B

8. Gleichstellung / Frauenförderung / Berücksichtigung Schwerbehinderter

Das Land Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern. Bewerbungen von Frauen werden daher besonders begrüßt. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Leistung und Befähigung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Schwerbehinderte Menschen und gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt. Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

9. Bewerbungsfrist / weitere Information

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **unter Angabe der Kennziffer 2018-U07 bis 7. April 2018** an das

**Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz
Zentrale Verwaltung
Bahnhofplatz 14
56068 Koblenz**

Bitte sehen Sie von der Einsendung von Originalunterlagen ab, da Ihre Bewerbung nicht zurückgesendet, sondern nach Abschluss des Verfahrens datenschutzgerecht vernichtet wird. Bewerbungsmappen sind entbehrlich. Wünschen Sie eine Rücksendung, legen Sie bitte einen ausreichend frankierten und adressierten Rückumschlag bei. Bewerbungs- oder Reisekosten können nicht übernommen werden. Bewerbungen per elektronischer Post können im Format pdf (bitte als eine Datei mit maximal 5 MB Größe) unter der Adresse

vw@lbz-rlp.de

eingereicht werden.

Für weitere Informationen stehen Ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung: für fachliche Fragen Herr Stoffels (0261 91500-200), für tarifrechtliche Fragen Herr Helwing (0261 91500-153)

1197.

Beim
LANDESUNTERSUCHUNGSAMT
RHEINLAND-PFALZ, ist zum
nächstmöglichen Zeitpunkt die
unbefristete Vollzeitstelle der

Leitung der Abteilung Lebensmittelchemie (Abt. 5)

zu besetzen. Dienstort ist KOBLENZ.
Die Einstellung erfolgt im
Beamten- oder Beschäftigtenverhältnis
(bis Besoldungsgruppe A 16
Landesbesoldungsgesetz oder
vergleichbare Eingruppierung nach dem
Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
der Länder).

Sie sind verantwortlich für die Leitung
der Abteilung 5 mit 230 Mitarbeitern. In
der Abteilung werden an vier
Standorten Lebensmittel, Wein,
Bedarfsgegenstände, Arzneimittel und
Kosmetika untersucht und beurteilt.

Anforderungsprofil:

Sie haben ein naturwissenschaftliches
Studium abgeschlossen und verfügen
über einschlägige, fundierte
Berufserfahrungen im Bereich der
Labor- und Arbeitsorganisation unter
betriebswirtschaftlichen
Gesichtspunkten sowie im
Qualitätsmanagement. Darüber hinaus
haben Sie fundierte Erfahrungen in der
Erstellung von Gutachten insbesondere
unter Berücksichtigung
lebensmittelrechtlicher Aspekte. Ein
Studium der Lebensmittelchemie,
Chemie, Biochemie oder
Veterinärmedizin wäre vorteilhaft,
ebenfalls eine Promotion.

Persönlich überzeugen Sie durch ein
hohes Maß an
Verantwortungsbewusstsein, hohe
Belastbarkeit, konzeptionelles und
innovatives Denken, interdisziplinäre
Arbeitsweise und Teamfähigkeit mit
einem konstruktiven Konflikt- und
Kritikverhalten. Sehr gute
Problemlösungs- und
Entscheidungsfähigkeit,
Durchsetzungsvermögen sowie
ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit
(auch auf Englisch) werden
vorausgesetzt.

Das Landesuntersuchungsamt fördert
aktiv die Gleichstellung aller
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir
wünschen uns daher ausdrücklich
Bewerbungen aus allen Altersgruppen
unabhängig von Geschlecht, einer
Behinderung, dem ethnischen
Hintergrund, der Religion,
Weltanschauung oder sexuellen
Identität. Bewerbungen von Frauen
werden bei gleicher Eignung,
Befähigung und fachlicher Leistung
vorrangig berücksichtigt.
Schwerbehinderte Bewerberinnen und
Bewerber werden bei entsprechender
Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Das Landesuntersuchungsamt
unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf
und Familie durch familienfreundliche
Regelungen und Maßnahmen auf
Grundlage der Selbstverpflichtung
„DIE LANDESREGIERUNG - EIN
FAMILIENFREUNDLICHER
ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen
Unterlagen richten Sie bitte
vorzugsweise an

online.bewerbung@lua.rlp.de

oder postalisch **bis zum 13. April 2018**
an das

**Landesuntersuchungsamt
Referat 11
Mainzer Straße 112
56068 Koblenz**

Bitte beachten Sie bei einer
Online-Bewerbung: 1 PDF-Dokument
bis zu einer maximalen Größe von 5
Megabyte.

Sofern Sie sich postalisch bewerben,
weisen wir darauf hin, dass die
Bewerbungsunterlagen nicht
zurückgesandt werden. Daher bitten wir
um Zusendung von Kopien. Nach
Abschluss des Bewerbungsverfahrens
werden die Bewerbungsunterlagen nach
den Bestimmungen des Datenschutzes
vernichtet.

Bitte teilen Sie außerdem die
Rufnummer, unter der Sie tagsüber
erreichbar sind, mit.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an
Herrn Dr. Stefan Bent, Präsident des
Landesuntersuchungsamtes, Telefon
0261 9149-500. Weitere Informationen
über das Landesuntersuchungsamt
finden Sie unter <http://www.lua.rlp.de>.

1198.

Beim
LANDESUNTERSUCHUNGSAMT
RHEINLAND-PFALZ ist zum
nächstmöglichen Zeitpunkt die
unbefristete Vollzeitstelle der

Leitung des Referates „Institut für Hygiene und Infektionsschutz (IHIS) Trier“

zu besetzen.

Die Einstellung erfolgt im
Beamten- oder Beschäftigtenverhältnis
(bis Besoldungsgruppe A 15
Landesbesoldungsgesetz oder
vergleichbare Eingruppierung nach dem
Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
der Länder). Für Bewerberinnen und
Bewerber im Beamtenverhältnis ist im
Rahmen der Fluktuation bei Vorliegen
der besoldungsrechtlichen
Voraussetzungen die Besoldung nach
A 16 erreichbar.

Der Aufgabenschwerpunkt des IHIS
Trier ist die mikrobiologische
Untersuchung und Begutachtung von
Proben der Krankenhaus- und
Umwelthygiene.

Zu den Aufgabengebieten der
Referatsleitung gehören insbesondere
die Leitung des Instituts und der
Laborbereiche (mit derzeit
23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern)
sowie die Beratung der Ministerien und
der Einrichtungen des öffentlichen
Gesundheitsdienstes.

Vorausgesetzt wird eine Approbation als
Arzt mit geeigneter
Facharztweiterbildung (ggf. als
Facharzt für Hygiene und Umwelt bzw.
für Mikrobiologie und
Infektionsepidemiologie) oder ein
abgeschlossenes Hochschulstudium als
Naturwissenschaftler aus dem Bereich
Biowissenschaften. Ein Zertifikat
Fach-Naturwissenschaftler für
Medizinische Mikrobiologie und
Infektionsepidemiologie
(„Medizinischer Fachmikrobiologe“) ist
von Vorteil.

Mehrjährige Führungserfahrung und ein
umfassendes mikrobiologisches
Fachwissen müssen vorhanden sein.

Die Voraussetzungen zur Erlaubnis zum
Umgang mit Krankheitserregern der
Risikogruppe 1 - 3 nach §§ 44 ff.
Infektionsschutzgesetz müssen gegeben
sein.

Es sind solide Kenntnisse in
mikrobiologischen bzw.
molekularbiologischen
Diagnostikverfahren erforderlich;
Erfahrungen im Bereich weiterer
Themenfelder (z. B. Entomologie,
vektorassoziierte Infektionen) sind
wünschenswert.

Bereitschaft zur interdisziplinären
Teamarbeit sowie Erfahrungen in
fachbezogenen EDV-Anwendungen und
gute Englischkenntnisse werden
erwartet.

Das Referat „Institut für Hygiene und
Infektionsschutz Trier“ gehört zur
Abteilung Humanmedizin des
Landesuntersuchungsamtes. Die
Abteilung besteht aus den Instituten für
Hygiene und Infektionsschutz (IHIS) an
den Standorten Koblenz, Landau
und Trier sowie den
Gesundheitsfachschulen.

Das Landesuntersuchungsamt fördert
aktiv die Gleichstellung aller
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir
wünschen uns daher ausdrücklich
Bewerbungen aus allen Altersgruppen
unabhängig von Geschlecht, einer
Behinderung, dem ethnischen
Hintergrund, der Religion,
Weltanschauung oder sexuellen
Identität. Bewerbungen von Frauen
werden bei gleicher Eignung,
Befähigung und fachlicher Leistung
vorrangig berücksichtigt.
Schwerbehinderte Bewerberinnen und
Bewerber werden bei entsprechender
Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Das Landesuntersuchungsamt
unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf
und Familie durch familienfreundliche
Regelungen und Maßnahmen auf
Grundlage der Selbstverpflichtung
„DIE LANDESREGIERUNG - EIN
FAMILIENFREUNDLICHER
ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen
Unterlagen sind **bis spätestens 13. April
2018** vorzugsweise per E-Mail zu
richten an

online.bewerbung@lua.rlp.de

oder postalisch unter

**Landesuntersuchungsamt
Referat 11
Mainzer Straße 112
56068 Koblenz**

Bitte beachten Sie bei einer
Online-Bewerbung: 1 PDF-Dokument
bis zu einer maximalen Größe von
5 Megabyte.

Sofern Sie sich postalisch bewerben,
weisen wir darauf hin, dass die
Bewerbungsunterlagen nicht
zurückgesandt werden. Daher bitten wir
um Zusendung von Kopien. Nach
Abschluss des Bewerbungsverfahrens
werden die Bewerbungsunterlagen nach
den Bestimmungen des Datenschutzes
vernichtet.

Bitte teilen Sie außerdem die Rufnummer mit, unter der Sie tagsüber erreichbar sind.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Herrn Dr. Vogt, Leiter der Abteilung Humanmedizin, Telefon 0261 9149-201.

Weitere Informationen über das Landesuntersuchungsamt finden Sie unter <http://www.lua.rlp.de>.

1199.

Im LANDESAMT FÜR GEOLOGIE UND BERGBAU RHEINLAND-PFALZ in MAINZ ist in der Abteilung Bergbau zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Juristin / eines Juristen in Teilzeit (50 %)

zunächst befristet bis 31. Januar 2020 zu besetzen

Zu dem Aufgabengebiet gehören insbesondere:

- Mitarbeit im Referat 3.2 - Bergrecht, Planfeststellungsverfahren
- Durchführung von Planfeststellungsverfahren nach dem Bundesberggesetz
- juristische Betreuung der laufenden Angelegenheiten der Bergverwaltung des Landes (bergrechtliche und immissionsschutzrechtliche Zulassungsverfahren, Enteignungsverfahren, Widerspruchsverfahren, Grundsatzangelegenheiten)
- Erstellen von Entwürfen von Rechtsnormen, Richtlinien und Verwaltungsvorschriften
- Prozessvertretung des Landes in bergrechtlichen Klageverfahren
- juristische Betreuung der Fachabteilungen und allgemeiner Rechtsangelegenheiten des Landesamtes.

Wir erwarten:

- eine Volljuristin / einen Volljuristen mit überdurchschnittlichem Abschluss
- wünschenswert wäre Berufserfahrung im öffentlichen Recht, idealerweise auf dem Gebiet des Umweltrechts
- die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte zu beurteilen und die Bereitschaft, sich in unterschiedliche Themenstellungen einzuarbeiten
- überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft und die Fähigkeit auch erhöhten Arbeitsanfall selbstständig, gründlich und zielorientiert zu bewältigen,
- hohe Teamfähigkeit, ausgeprägte kommunikative und soziale Kompetenz, adressatenorientiertes Verhalten, ausgeprägtes und zielorientiertes Verhandlungsgeschick, gutes Urteilsvermögen verbunden mit Entscheidungsbereitschaft
- gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- gute DV-Kenntnisse.

Die Einstellung erfolgt im Beschäftigtenverhältnis nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Das Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN

FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“. Im Rahmen der Personalentwicklung bieten wir zusätzlich zu den gesetzlichen und tariflichen Leistungen

- bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- lebensphasenorientierte Arbeitszeit- und Telearbeitsmodelle,
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie
- ein betriebliches Gesundheitsmanagement.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder der sexuellen Identität. Bei entsprechender Eignung werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **bis 26. März 2018 (Posteingang)** an das

Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz
- z. Hdn. Herrn Prof. Dr. Wieber -
Postfach 10 02 55
55133 Mainz

oder per E-Mail an:

bewerbung@lgb-rlp.de

Bewerbungen per E-Mail bitte als zusammenhängende Datei (max. 5 MB). Weitere Informationen im Internet: <http://www.lgb-rlp.de>.

Für weitere Informationen stehen Ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung:

- Für fachliche Fragen: Frau Auer (0 61 31 92 54 - 257).
- Für tarifrechtliche Fragen: Herr Müller (0 61 31 92 54 - 102).

Bitte beachten Sie, dass wir keine Eingangsbestätigung versenden und dass wir Ihre Bewerbung aus Kostengründen nur dann zurücksenden, wenn ein ausreichend frankierter und adressierter Rückumschlag beigelegt ist.

1200.

Im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ sind in der Abteilung 3 „Landesjugendamt“, Referat 31 „Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe, Landesjugendhilfeausschuss, Jugendbehörden, Jugendschutz, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendgerichtshilfe, Jugendhilfeplanung“ am Dienort MAINZ zum nächstmöglichen Zeitpunkt nachfolgende Stellen zu besetzen:

A Pädagogische Leitung der Landeskoordinierungsstelle „Demokratie leben“ im Kompetenznetzwerk „Demokratie leben!“ (Vollzeit, E 11 TV-L).

Die Stelle bündelt die pädagogische Leitung und fachliche Außenvertretung des gesamten Netzwerks. Zu den Aufgaben gehören insbesondere:

- Konzeptionelle Weiterentwicklung der Beratungsarbeit im Netzwerk
- Pädagogische Anleitung und Begleitung der mobilen Beratungsknoten, der Opferberatung und des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus
- Fachberatung in schwierigen Einzelfällen und Leitung der kollegialen Fallberatung
- Planung und Durchführung von Netzwerktreffen und Fachveranstaltungen
- Sichtung, Aufbereitung und Weiterleitung von themenbezogenen wissenschaftlichen Erkenntnissen, fachpolitischen Stellungnahmen und Praxiserfahrungen
- Fachliche Vertretung auf Landes- und Bundesebene, Öffentlichkeitsarbeit
- Mitwirkung an der Antragsstellung, Nachweislegung und Berichterstattung zum Bundesprogramm

B Sozialpädagogische Fachkraft im Bereich Jugendberatung „Demokratie leben!“ (Vollzeit, E 11 TV-L)

Zu den Aufgaben gehören insbesondere:

- Die selbstständige Analyse und Screening von Jugendszenen in ausgewählten lokalen Sozialräumen unter zielgruppenspezifischen Gesichtspunkten, zur Erschließung von Zugängen zur Zielgruppe
- Die aufsuchende soziale Arbeit mit dem Ziel, gefährdete junge Menschen für eine Neuorientierung ihres Lebenswegs und im Zusammenhang damit für eine intensive Zusammenarbeit mit dem Caseworker des Projekts bzw. mit entsprechenden sozialen Diensten der Jugendhilfe, der Arbeitsverwaltung u.a. zu gewinnen
- Die konzeptionelle Ausgestaltung des Projekts in Kooperation mit verwandten Projekten des Landesjugendamtes, basierend auf einem handlungsorientierten Ansatz
- Die Entwicklung und eigenverantwortliche Durchführung von erlebnispädagogischen Einzelmaßnahmen zur Unterstützung des Beratungsprozesses
- Die Knüpfung zielbezogener lokaler Helfernetzwerke und die Erschließung der örtlichen Ressourcen für gezielte Reintegrationsmaßnahmen der jungen Menschen
- Die Entwicklung und eigenverantwortliche Durchführung von Gruppenangeboten

C Sozialpädagogische Fachkraft für die Landeskoordinierungsstelle „Demokratie leben!“ im Bereich Vernetzung und Prävention gegen religiös konnotierte Radikalisierung / DivAN (Teilzeit 50%, E 11 TV-L)

Zu den Aufgaben gehören insbesondere:

- Kooperative Weiterentwicklung des Präventionskonzepts unter salutogenetischen und diversitätsorientierten Gesichtspunkten
- Anregung und Begleitung der örtlichen Umsetzung des Konzepts
- Ausbau und Koordinierung des landesweiten Präventionsnetzwerks DivAN

- Ausbau der Zusammenarbeit mit den einschlägigen Partnern der Kinder- und Jugendhilfe, mit Schulen, Moscheegemeinden, Vereinen
- Konzeption und Durchführung von Fachtagungen und Seminaren
- Mitwirkung an Antragstellung und Erstellung des Verwendungsnachweises für die Bundesförderung
- Mitwirkung an der themenbezogenen Öffentlichkeitsarbeit

Die Stellen sind befristet bis zum 31. Dezember 2019. Es besteht die Möglichkeit einer Verlängerung.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist eine obere Landesbehörde, die dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie untersteht. Es nimmt für das Land die Aufgaben eines überörtlichen Trägers der Jugend- und Sozialhilfe und übergeordnete Aufgaben im Bereich des Gesundheitswesens sowie der Qualitätssicherung im sozialen Bereich wahr.

Den Vorgaben des Bundesprogramms „Demokratie leben“ entsprechend hat das Landesamt ein Demokratiezentrum aufgebaut, das die Bezeichnung Kompetenznetzwerk „Demokratie leben!“ trägt. In diesem sind das Beratungsnetzwerk sowie neun mobile Beratungsknoten gegen Rechtsextremismus vertreten, außerdem zahlreiche weitere aus dem Bundesprogramm geförderte Projekte zur Stärkung demokratischer Kultur und zur Prävention gegen jede Form politischer oder religiös motivierter extremistischer Aktivität. Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus hat einen förmlichen Prozess der Qualitätsentwicklung mit Zertifizierung abgeschlossen. Für die anderen Arbeitsbereiche im Kompetenznetzwerk stehen analoge Entwicklungen noch aus.

An Sie werden folgende Anforderungen gestellt:

- Ein mit einem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Sozialpädagogik / Sozialarbeit mit staatlicher Anerkennung
- Berufserfahrung in der Sozialen Arbeit, vorzugsweise in der Kinder- und Jugendhilfe
- Interesse an politischen Fragen und Kenntnisse der fachpolitischen Debatte über Extremismusprävention sowie Demokratieförderung
- Erwünscht sind gegenstandsbezogene Vorkenntnisse und / oder Erfahrungen im Praxisfeld
- Eigenverantwortliches- und teamorientiertes Arbeiten
- Gute Kenntnisse und sicherer Umgang mit EDV-Anwendungen (MS-Office)

Zusätzlich:

Im Bereich der Leitung der Landeskoordinierungsstelle:

- Berufserfahrung in der Jugendsozialarbeit, in Gemeinwesenprojekten, dem Allgemeinen Sozialen Dienst bzw. der Erziehungshilfe oder vergleichbaren Feldern der Jugend- oder Sozialhilfe

- Möglichst eine Zusatzausbildung, die für die pädagogische Fach- bzw. Fallberatung qualifiziert
- Analytische Kompetenz, Interesse an politischen Fragen und Kenntnisse der fachpolitischen Debatte über Extremismusprävention und Demokratieförderung
- Moderationskompetenz
- Vertrautheit mit den Jugendhilfestrukturen in Rheinland-Pfalz

Im Bereich der Jugendberatung:

- Berufserfahrung in der Jugend(sozial)arbeit mit gewaltaffinen randständigen Subkulturen
- Erfahrung mit gruppenpädagogischen Maßnahmen
- Sehr gute Kenntnisse der einschlägigen Fachliteratur aus dem Bereich der Sozialen Arbeit und relevanter anderer Gebiete wie der Persönlichkeitspsychologie und der Soziologie der Randgruppen
- Sehr gute methodische Kompetenzen und eine besondere Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit
- Kompetenz und Interesse für eine Projektarbeit mit innovativem Anspruch
- Wünschenswert wären Erfahrungen in der theater- oder kulturpädagogischen Arbeit

Als moderne Dienstleistungsbehörde bieten wir Ihnen interessante Aufgaben, Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, eine betriebliche Altersversorgung bei Tarifbeschäftigten und Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land. Wir sind als familienfreundliche und familienbewusste Behörde im Rahmen des Audits „berufundfamilie®“ und im Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015 durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen zertifiziert.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stellen können grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden.

Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage unter www.lsjv.rlp.de.

Bitte richten Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen in Kopie und ohne Bewerbungsmappe (eine Rücksendung der Unterlagen erfolgt nicht) **unter Angabe des Bearbeitungszeichens A - B - oder C - MZ-31-3-10/2018 bis 25. März 2018** an das:

**Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Referat Personal und Organisation
Rheinallee 97 - 101
55118 Mainz**

Gerne können Sie Ihre Bewerbungsunterlagen auch per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) an folgendes Postfach senden:

bewerbung@lsjv.rlp.de

1201.

Im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 3 „Landesjugendamt“, Referat 31 „Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe, Landesjugendhilfeausschuss, Jugendbehörden, Jugendschutz, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendgerichtshilfe, Jugendhilfeplanung“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Fachkraft für Qualitätsentwicklung in Vollzeit (Entgeltgruppe 11 TV-L)

am Dienort MAINZ zu besetzen. Die Stelle ist befristet bis zum 31. Dezember 2019. Es besteht die Möglichkeit einer Verlängerung.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist eine obere Landesbehörde, die dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie untersteht. Es nimmt für das Land die Aufgaben eines überörtlichen Trägers der Jugend- und Sozialhilfe und übergeordnete Aufgaben im Bereich des Gesundheitswesens sowie der Qualitätssicherung im sozialen Bereich wahr.

Den Vorgaben des Bundesprogramms „Demokratie leben“ entsprechend hat das Landesamt ein Demokratiezentrum aufgebaut, das die Bezeichnung Kompetenznetzwerk „Demokratie leben!“ trägt. In diesem sind das Beratungsnetzwerk sowie neun mobile Beratungsknoten gegen Rechtsextremismus vertreten, außerdem zahlreiche weitere aus dem Bundesprogramm geförderte Projekte zur Stärkung demokratischer Kultur und zur Prävention gegen jede Form politischer oder religiös motivierter extremistischer Aktivität. Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus hat einen förmlichen Prozess der Qualitätsentwicklung mit Zertifizierung abgeschlossen. Für die anderen Arbeitsbereiche im Kompetenznetzwerk stehen analoge Entwicklungen noch aus.

Das Aufgabengebiet umfasst im Wesentlichen folgende Tätigkeiten:

- Nachsteuerung des Qualitätsentwicklungsprozesses im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus
- Konzipierung und Umsetzung von (zertifizierungsadäquaten) Qualitätsentwicklungsprozessen in der Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Rahmen von „Demokratie leben!“
- Fachliche Unterstützung der Handlungsebene bei der Formulierung von Zielen und Erfolgsindikatoren sowie bei der Dokumentation und Evaluation von Handlungsabläufen
- Auswertung der Dokumentation, Entwicklung und Diskussion von qualitätsleitenden Hypothesen

(fachlichen Standards) mit der Arbeitsebene

- Konzipierung und Durchführung von themenspezifischen Fachveranstaltungen sowie Qualitätsentwicklungs-Klausuren
- Mitwirkung an der projektspezifischen Berichterstattung zu Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Arbeit für Demokratie in Rheinland-Pfalz
- Mitarbeit in der Vernetzung und dem Ausbau des Kompetenznetzwerks „Demokratie leben!“

An Sie werden folgende Anforderungen gestellt:

- Ein mit einem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Sozialpädagogik / Sozialarbeit mit staatlicher Anerkennung
- Berufserfahrung in der Sozialen Arbeit, vorzugsweise in der Kinder- und Jugendhilfe
- Vorzugsweise eine Zusatzausbildung für die Konzipierung und Steuerung von Qualitätsentwicklungsprozessen in sozialpädagogischen Handlungsfeldern sowie entsprechende berufliche Erfahrungen im Bereich der Qualitätsentwicklung
- Analytische Kompetenz, die Fähigkeit zur anschaulichen schriftlichen Darstellung komplexer Sachverhalte und die Beherrschung einschlägiger Moderationsmethoden
- Interesse an politischen Fragen und Kenntnisse der fachpolitischen Debatte über Extremismusprävention sowie Demokratieförderung
- Gute Kenntnisse und sicherer Umgang mit EDV-Anwendungen (MS-Office)

Als moderne Dienstleistungsbehörde bieten wir Ihnen interessante Aufgaben, Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, eine betriebliche Altersversorgung bei Tarifbeschäftigten und Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land. Wir sind als familienfreundliche und familienbewusste Behörde im Rahmen des Audits „berufundfamilie®“ und im Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015 durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen zertifiziert.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden.

Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage unter www.lsjv.rlp.de.

Bitte richten Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen in Kopie und ohne Bewerbungsmappe (eine Rücksendung der Unterlagen erfolgt nicht) **unter Angabe des**

Bearbeitungszeichens MZ-31-3-10/2018 bis 25. März 2018 an das:

**Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Referat Personal und Organisation
Rheinallee 97 - 101
55118 Mainz**

Gerne können Sie Ihre Bewerbungsunterlagen auch per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) an folgendes Postfach senden:

bewerbung@lsjv.rlp.de

1202.

Im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist am Dienstsitz LANDAU ab 1. Mai 2018 eine Stelle zu besetzen:

Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter des 3. Einstiegsamtes

- mit
 - Bachelorabschluss im Bereich Verwaltung oder Recht bzw. vergleichbarem Abschluss
 - guten EDV-Kenntnissen (MS Office-Produkte) und Bereitschaft zu Dienstreisen
 - Kenntnissen im Zuwendungsrecht und Bereitschaft, diese zu vertiefen
 - Einstellung im Beamtenverhältnis beabsichtigt
 - Entwicklungsmöglichkeiten bis Besoldungsgruppe A11 LBesG
 - Gegebenenfalls tarifliche Eingruppierung nach dem TV-L
 - Weitergehende Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
 - Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land
 - Familienfreundlichkeit mit Zertifizierung „berufundfamilie®“
 - Zertifiziertes Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015

Im Referat 37 „Kindertagesstätten, Schutz von Kindern in Tageseinrichtungen, Kindertagespflege“ erwarten Sie u. a. folgende interessante Aufgaben:

- Datenbankgestützte Prüfung und Entscheidung von Anträgen und Verwendungsnachweisen für Betriebskosten und Investitionskostenförderung
- Beratung und Unterstützung der Jugendämter und Kindertagesstätten bei Fragen zur Förderung
- Mittelbewirtschaftung und Mitwirkung bei der Aufstellung des Haushaltsplans
- Mitwirkung bei der Weiterentwicklung der EDV-gestützten Prüf- und Bewilligungsverfahren sowie des Verwaltungsvollzugs

Interesse?

Dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen **bis 25. März 2018** per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) mit dem Betreff „**LD-37-3-10/2018**“ an

bewerbung@lsjv.rlp.de

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des

Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden. Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage: www.lsjv.rlp.de

1203.

Sie sind ein Mitarbeiter mit Erfahrungen in der Konzeption und im Betrieb von Server- und Datenbanksystemen (m / w), engagiert und suchen eine neue Herausforderung mit Zukunftsperspektive?

Wir, der LANDESBETRIEB DATEN UND INFORMATION, als der zentrale IT-Dienstleister des Landes Rheinland-Pfalz, entwickeln und betreiben an den Standorten Mainz und Bad Ems effiziente Lösungen für Landes- sowie Kommunalverwaltungen und garantieren die professionelle Umsetzung der IT-Strategie des Landes Rheinland-Pfalz. Wir sind im Bereich von Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitslösungen primärer Ansprechpartner, beispielsweise für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung.

Sie verfügen über eine einschlägige Berufserfahrung.

Wir bieten: Ein vielfältiges, anspruchsvolles und verantwortungsvolles Aufgabengebiet - die Mitarbeit in einem aufgeschlossenen, kooperativen Team - persönliche und fachliche Weiterbildung - die Sicherheit des öffentlichen Dienstes - ein familienfreundliches Arbeitsumfeld.

Wir brauchen Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur qualifizierten Verstärkung unseres Standortes in Mainz als:

System- und Datenbankadministrator (m / w) Schwerpunkt Linux - Administration (Kennziffer AS 2018_12)

im Bereich B - Betrieb, Team B8 - Systemdienste.

Ihre Aufgaben:

- Konzeption und Betrieb von Server-Systemen unter den eingesetzten Betriebssystemen in Verbindung mit den entsprechenden systemnahen Softwarekomponenten
- Konzeption und Betreuung der eingesetzten Datenbanken mit entsprechender Datenbanksoftware
- Hardwaredesign der Kundensysteme entsprechend den Kundenanforderungen sowie Anwendung und Konfiguration von Serverprodukten
- Gestaltung moderner Systemkonzepte und relevanter Prozesse zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen RZ-Betriebsablaufs
- Koordinierung der Fachaufsicht über den technischen Betrieb der betriebenen Verfahren (sowohl für bestehende als auch für neue Betriebsaufgaben und -projekte), Teilprojekt- und Projektleitung

Fragen zum Aufgabengebiet beantwortet Ihnen Frau Steeg (E-Mail: Eva-Maria.Steeg (at) ldi.rlp.de, Tel: 06131 605-296).

Anforderungsprofil:

Wir suchen eine zuverlässige, belastbare, organisations- und kommunikationsstarke Persönlichkeit, die das breite Spektrum der auf dieser Stelle wahrzunehmenden Aufgaben beherrscht und setzen u.a. Folgendes voraus:

- Abgeschlossene, IT-einschlägige Hochschulausbildung (Bachelor- bzw. entsprechender Hochschulabschluss) oder abgeschlossene Berufsausbildung in einem IT-Beruf oder im Rahmen einer der ausgeschriebenen Tätigkeit entsprechenden Berufserfahrung erworbene entsprechende Fertigkeiten und Kenntnisse
- Entsprechende praktische und nachweisliche Berufserfahrung sowie Fertigkeiten und tiefgehende Kenntnisse auf dem jeweils aktuellen Stand der entsprechenden Technik / Software - u. a. in folgenden Bereichen: Konzeptionelle und planerische Arbeit im Hinblick auf IT-Systeme, Projektmanagement, Qualitätsmanagement, IT-Sicherheitsmanagement, betriebswirtschaftliche Kenntnisse, Vergaberecht, Leitung von Projekten, Betreuung und Administration von Linux Systemen, Datenbankadministration (MySQL, PostgreSQL, Oracle), Betreuung von Web- und Applicationservern (Apache, Tomcat, JBoss), Systemmanagement, Systemautomatisierung, Betreuung von Monitoringsystemen (u. a. Nagios) und Virtualisierungsumgebungen (vSphere)
- Kenntnisse im GIS-Umfeld (postgis, mapserver, mapserver), im CMS-Bereich (Typo3) sowie grundlegende Programmierkenntnisse (bash, php, perl) sind wünschenswert
- Die Bereitschaft und Fähigkeit sich fortzubilden und sich selbstständig neue Themen zu erschließen
- Den Anforderungen der Stelle entsprechende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Erfüllung der Voraussetzungen und Bereitschaft zur erfolgreichen Teilnahme an einer Sicherheitsüberprüfung nach dem LSÜG
- Die Bereitschaft zur Ableistung von Überstunden, die Teilnahme an einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowie die Teilnahme an einer 7x24 Rufbereitschaft remote oder / und vor Ort
- Ziel- und lösungsorientierte, systematische sowie selbstständige Arbeitsweise, ebenso Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Eigeninitiative
- Einsatzfreude, Flexibilität und Engagement, Team-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit

Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung von Tarifbeschäftigten bis Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) möglich. Im Rahmen der Regelungen des

Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) sind wir besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt. Die Stelle kann grundsätzlich mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden.

Bitte reichen Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen **unter Angabe der o. a. Kennziffer** vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

personalstelle@ldi.rlp.de

ein, ansonsten schriftlich an den

**Landesbetrieb
Daten und Information
Team Personal
Römerstraße 41
56130 Bad Ems**

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 11. April 2018**.

1204.

Sie verfügen über einschlägige Berufserfahrung im Bereich Vertragsmanagement, sind engagiert und suchen eine neue Herausforderung mit Zukunftsperspektive?

Wir, der LANDESBETRIEB DATEN UND INFORMATION, als der zentrale IT-Dienstleister des Landes Rheinland-Pfalz, entwickeln und betreiben an den Standorten Mainz und Bad Ems effiziente Lösungen für Landes- sowie Kommunalverwaltungen und garantieren die professionelle Umsetzung der IT-Strategie des Landes Rheinland-Pfalz. Wir sind im Bereich von Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitslösungen primärer Ansprechpartner, beispielsweise für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung.

Sie verfügen über eine einschlägige Berufserfahrung.

Wir bieten: Ein vielfältiges, anspruchsvolles und verantwortungsvolles Aufgabengebiet - die Mitarbeit in einem aufgeschlossenen, kooperativen Team - persönliche und fachliche Weiterbildung - die Sicherheit des öffentlichen Dienstes - ein familienfreundliches Arbeitsumfeld.

Wir brauchen Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur qualifizierten Verstärkung unseres Standortes in BAD EMS als:

**Sachbearbeiter Vertragsmanagement (m / w)
mit einer wöchentlichen Arbeitszeit
von 19,5 Stunden
(Kennziffer AS 2018_06)**

im Bereich Zentrale Dienste, Team Z4 - Vertragsmanagement.

Ihre Aufgaben:

- Bearbeitung von Vorgängen in der Vertragsverwaltung
- Bearbeitung von Vorgängen in der Beschaffung
- Inhaltliche Weiterentwicklung und Optimierung der entsprechenden Prozesse in Buchhaltung, Vertragsverwaltung und Dokumentenmanagement
- Organisatorische Tätigkeiten (Eingangs- und Ausgangspost, Materialbeschaffung und -ausgabe, Terminkoordinierung)

Fragen zum Aufgabengebiet beantwortet Ihnen Herr Hensel (E-Mail: Bernhard.Hensel (at) ldi.rlp.de, Telefon: 06131 605-107).

Anforderungsprofil:

Wir suchen eine zuverlässige, belastbare, organisations- und kommunikationsstarke Persönlichkeit, die das breite Spektrum der auf dieser Stelle wahrzunehmenden Aufgaben beherrscht und setzen u.a. Folgendes voraus:

- Abgeschlossenes einschlägiges Studium oder Berufsausbildung im betriebswirtschaftlichen, kaufmännischen Bereich sowie entsprechende praktische und nachweisliche Berufserfahrung sowie Fertigkeiten und tiefgehende Kenntnisse in dem die Stelle betreffenden Bereich
- Mehrjährige einschlägige Berufserfahrung ist von Vorteil
- Sicherer Umgang mit MS-Office Produkten: Word, Excel, Outlook, SAP-Module SD und MM
- Die Bereitschaft und Fähigkeit sich fortzubilden und sich selbstständig neue Themen zu erschließen
- Den Anforderungen der Stelle entsprechende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Erfüllung der Voraussetzungen und Bereitschaft zur erfolgreichen Teilnahme an einer Sicherheitsüberprüfung nach dem LSÜG
- Die Bereitschaft zur Ableistung von Überstunden, die Teilnahme an einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung
- Ziel- und lösungsorientierte, systematische sowie selbstständige Arbeitsweise, ebenso Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Eigeninitiative
- Einsatzfreude, Flexibilität und Engagement, Team-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit

Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung von Tarifbeschäftigten bis Entgeltgruppe 9 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) möglich. Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) sind wir besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bitte reichen Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen **unter Angabe der o.a. Kennziffer** vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

personalstelle@ldi.rlp.de

ein, ansonsten schriftlich an den

**Landesbetrieb Daten und Information
Team Personal
Römerstraße 41
56130 Bad Ems**

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 16. April 2018**.

1205.

Der RECHNUNGSHOF RHEINLAND-PFALZ ist ein unabhängiges Organ der externen Finanzkontrolle. Für den Dienstort SPEYER suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine / einen Referentin / Referent für den Bereich „Hochbau, Facility Management, Grundsatzfragen“.

Der Rechnungshof prüft Baumaßnahmen des Landes, insbesondere im Bereich des Hochschulbaus und Bauvorhaben von kommunalen Gebietskörperschaften sowie privaten Dritten, die Zuwendungen des Landes erhalten. Zunehmend gewinnt dabei die Beratung der geprüften Stelle an Bedeutung mit dem Ziel, Planungs- und Verwaltungsprozesse zu optimieren.

Der Rechnungshof strebt an, möglichst frühzeitig - d. h. bereits in den Phasen der Bedarfsermittlung und Nutzungskonzeption sowie in frühen Planungsstadien - mit seinen Bauprüfungen zu beginnen. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass Vorschläge für wirtschaftliche Lösungen frühzeitig im Planungsprozess berücksichtigt werden können.

Daneben werden auch Projekte nachgängig geprüft, die aufgrund ihrer Konzeption oder wegen ihrer Resonanz in der Öffentlichkeit von besonderem Interesse sind. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Tätigkeit sind Querschnittsprüfungen und gutachtliche Stellungnahmen zu grundsätzlichen Themen, wie z. B. Bau-, Immobilien- und Instandhaltungsmanagement.

Adressaten unserer Prüfungen sind Ministerien, der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Kommunalverwaltungen sowie kommunale und landeseigene Gesellschaften. Darüber hinaus steht der Rechnungshof Rheinland-Pfalz in einem ständigen Erfahrungsaustausch mit den Rechnungshöfen des Bundes und der Länder.

Ihre Tätigkeitsschwerpunkte:

- Planungsbegleitende und nachgängige Prüfungen von öffentlichen oder öffentlich geförderten Hochbaumaßnahmen.

- Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen - auch unter Berücksichtigung der Nutzungskosten im Hochbau nach DIN 18960 - für eine wirtschaftlichere Planung und Bauausführung.

Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei z. B.:

- Bedarfsermittlungen, Raumprogramme und Nutzungskonzepte,
- Vor- und Entwurfsplanungen,
- Grundflächen und Rauminhalte im Bauwesen nach 277 und Kostenermittlungen nach DIN 276,
- Wirtschaftlichkeits- und Lebenszyklusbetrachtungen,
- Energieeffizienz und Nachhaltigkeitsaspekte in der Bauplanung,
- Vergabewesen und Korruptionsprävention,
- Honorar- und Förderrecht,
- Verkehrswertermittlungen nach der Immobilienwertermittlungsverordnung.

Was wir von Ihnen erwarten:

Sie verfügen über ein wissenschaftliches Hochschulstudium (d. h. Master oder Diplom) der Fachrichtungen Architektur oder Bauingenieurwesen (Hochbau) an einer (Technischen) Universität und mehrjährige einschlägige Berufserfahrung. Ein abgeschlossenes Technisches Referendariat in den genannten Fachgebieten oder fundierte immobilienwirtschaftliche Kenntnisse sind von Vorteil. Überdurchschnittliche Abschlüsse sowie Beurteilungen oder Arbeitszeugnisse setzen wir voraus. Darüber hinaus sollten Sie bereit sein, sich in neue Aufgabenfelder einzuarbeiten.

Neben sorgfältigen Recherchen und IT-gestützten Auswertungen ist eine verständliche und klar strukturierte Darstellung komplexer Zusammenhänge wichtiger Bestandteil Ihrer Tätigkeit. Zudem sollten hohe Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft, Teamfähigkeit, Überzeugungskraft und sicheres Auftreten Sie auszeichnen.

Die Prüftätigkeit ist mit gelegentlichen Dienstreisen in Rheinland-Pfalz verbunden.

Was wir Ihnen bieten:

- Eine Stelle bis zur Besoldungsgruppe A 15 LBeO Rheinland-Pfalz. Bei entsprechender Bewährung besteht die Möglichkeit zur Übertragung einer Referatsleitung in der Besoldungsgruppe A 16 LBeO oder der vergleichbaren Entgeltgruppe TV-L.
- die Chance, Projekte durch Ihre Prüfungs- und Beratungstätigkeit maßgeblich zu beeinflussen,
- vielfältige und abwechslungsreiche Aufgabenstellungen,
- strukturierte Einarbeitung sowie fachliche, organisatorische und soziale Integration,
- regelmäßige und umfassende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- familienfreundliche Arbeitsbedingungen,
- Arbeiten in einer attraktiven, historisch geprägten Stadt mit hoher Lebensqualität in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Der Rechnungshof strebt eine Erhöhung des Frauenanteils an; Bewerbungen von Frauen sind deshalb besonders erwünscht. Die ausgeschriebene Stelle eignet sich grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte, wobei im Einzelfall eine Prüfung vorbehalten bleibt, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten (gewünschte Gestaltung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der Anforderungen an die Stelle) entsprochen werden kann. Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechend gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Senden Sie bitte Ihre Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, tabellarische Übersicht über den beruflichen Werdegang, Schulabschluss-, Prüfungs- und Arbeitszeugnisse, aktuelle Beurteilungen bzw. Arbeitszeugnisse) **bis spätestens Freitag, 27. April 2018** an:

**Rechnungshof Rheinland-Pfalz
- Präsidialabteilung -
Postfach 17 69
67327 Speyer.**

Von der Einsendung von Originalunterlagen bitten wir abzusehen, da die Bewerbungen aus organisatorischen und aus Kostengründen nicht zurückgesendet werden. Bewerbungsmappen sind ebenfalls entbehrlich. Wird eine Rücksendung der Bewerbungsmappe sowie der Bewerbungsunterlagen gewünscht, ist ein adressierter und frankierter Rückumschlag beizulegen. Ansonsten wird eine datenschutzgerechte Vernichtung der vorgelegten Bewerbungsunterlagen nach Abschluss des Stellenbesetzungsverfahrens zugesichert.

Bewerbungen auf elektronischem Postweg erfolgen auf eigenes Übermittlungsrisiko und können im Format pdf **unter dem Stichwort „Hochbau“**, möglichst in einer Datei - nicht größer als 10 MB - unter der Adresse

Poststelle@rechnungshof.rlp.de

eingereicht werden.

Bitte teilen Sie uns außerdem die Rufnummer mit, unter der Sie tagsüber erreichbar sind.

Bei fachlichen Fragen wenden Sie sich bitte an den zuständigen Prüfungsgebietsleiter Herrn Herrmann, Tel.: 06232 617-113, für sonstige Fragen stehen Ihnen in der Personalabteilung Herr Ludwig, Tel.: 06232 617-127, oder Frau Jung, Tel.: 06232 617-159, zur Verfügung.

Weitere Informationen über uns finden Sie im Internet unter <https://rechnungshof.rlp.de>.

1206.

Im GESCHÄFTSBEREICH DES POLIZEIPRÄSIDIUMS MAINZ ist bei der KRIMINALDIREKTION MAINZ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die

Leitung des Kommissariats 18

neu zu besetzen.

Aufgaben:

- Führung des Kriminalkommissariats, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiter

- Eigenständige Sachbearbeitung in Relation zu der Anzahl der zu führenden Mitarbeiter
- Organisation, Koordination und Kontrolle der Führung der KPS, der Eingabe von Personen- / Sachfahndungen, der Datenpflege und PKS-Eingabe
- Leitung von Einsätzen auf Weisung, insbesondere Betreiben der DASTA
- Digitalisierung der KPS

Anforderungen:

- Rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der Kriminalpolizei ab Besoldungsgruppe A 11
- mit Abschluss des Studiums an der Hochschule für Polizei (früher: Hochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei) mit Führungsausbildung oder
- Abschluss der Aufstiegsausbildung für den gehobenen Polizeidienst (Aufstiegsausbildung) und Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsförderung
- Vierjährige Verwendung im gehobenen Polizeidienst
- Erfahrungen in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung

Herausragende Befähigungen:

- Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick
- Beherrschung der Bestimmungen des Datenschutzes
- Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung
- Bereitschaft, die im Rahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und des Gender Mainstreamings angestrebten Ziele umzusetzen.

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Polizeipräsidium Mainz eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in seinem Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Die zu besetzende Funktion ist grundsätzlich für Teilzeitkräfte geeignet. Über eine mögliche Berücksichtigung teilzeitbeschäftigter Bewerberinnen und Bewerber kann unter Beachtung von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit entschieden werden. Diese Daten sind in der Bewerbung insofern anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre Bewerbung - möglichst elektronisch

ppmainz.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

- **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Ausschreibung an das

Polizeipräsidium Mainz

Referat PV 3

Valenciaplatz 2

55118 Mainz

1207.

Im GESCHÄFTSBEREICH DES POLIZEIPRÄSIDIUMS MAINZ ist bei der KRIMINALDIREKTION MAINZ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die

Abwesenheitsvertretung der Leitung des Kommissariats 18

neu zu besetzen.

Aufgaben:

- Führung der kriminalpolizeilichen personenbezogenen Sammlung (KPS), der Kriminalakten (KA) und der Lichtbildvorzeigekartei
- Führung und Überwachung von Haftbefehlen, von Ausweisungs- und Abschiebeverfügungen
- Eingabe und Löschung von Personen und Sachfahndungen
- Vertretung der Kommissariatsleitung

Anforderungen:

- Rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und -beamte der Kriminalpolizei ab Besoldungsgruppe A 10
- mit Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei (früher: Hochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei) oder der Aufstiegsausbildung
- Dreijährige Verwendung im gehobenen Kriminaldienst
- Erfahrungen in der Kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung

Herausragende Befähigungen:

- Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick
- Beherrschung der Bestimmungen des Datenschutzes
- Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung
- Bereitschaft, die im Rahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und des Gender Mainstreamings angestrebten Ziele umzusetzen.

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Polizeipräsidium Mainz eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in seinem Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Die zu besetzende Funktion ist grundsätzlich für Teilzeitkräfte geeignet. Über eine mögliche Berücksichtigung teilzeitbeschäftigter Bewerberinnen und Bewerber kann unter Beachtung von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit

entschieden werden. Diese Daten sind in der Bewerbung insofern anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre Bewerbung - möglichst elektronisch

ppmainz.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

- **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Ausschreibung an das

Polizeipräsidium Mainz

Referat PV 3

Valenciaplatz 2

55118 Mainz

1208.

POLIZEIPRÄSIDIUM MAINZ

Zum 1. Juni 2018 suchen wir im Bereich der POLIZEIDIREKTION BAD KREUZNACH

eine / n

Herausgehobene / r Sachbearbeiter / in in der Führungsgruppe mit dem Schwerpunkt Verkehr.

Aufgaben:

- Führung und Analyse der Verkehrsunfallstatistik, Erarbeitung der Verkehrslagebilder für den Direktionsbereich
- Koordination der Umsetzung von landes- oder präsidialweiten Sonderprogrammen
- Koordination der Verkehrssicherheitsarbeit auf Direktionsebene, einschließlich der Tätigkeit der Verkehrssicherheitsberater
- Planung und Führung von Verkehrseinsätzen auf Direktionsebene
- Mitwirkung bei der Wahrnehmung in den Aufgabenbereichen Sicherheitsaufgaben und Kriminalitätskontrolle
- Wahrnehmung von Meldepflichten

Anforderungsprofil:

- Rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und -beamte ab Besoldungsgruppe A 10
- mit Abschluss des Studiums an der Hochschule für Polizei (früher: Hochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei) oder der Aufstiegsausbildung und
- vierjährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung
- Erfahrung in der Stabsarbeit sind von Vorteil

Herausragende Befähigungen:

- Fachkompetenz, schriftliches Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit

- Taktisches Verständnis, gute Kenntnisse in den Bereichen Verkehrsrecht, Verkehrserziehung, Verkehrsüberwachung und Straßenraumgestaltung

Im Hinblick auf das Frauenförderprogramm der Landesregierung sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht.

Über eine mögliche Berücksichtigung teilzeitbeschäftigter Bewerberinnen und Bewerber kann unter Beachtung von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit entschieden werden. Diese Daten sind in der Bewerbung insofern anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre Bewerbung **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Ausschreibung an das

Polizeipräsidium Mainz
Referat PV 3
Valenciaplatz 2
55118 Mainz

1209.

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt ist bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / KRIMINALDIREKTION TRIER / ZENTRALE KRIMINALINSPEKTION die Stelle

der Leiterin / des Leiters
des Kommissariats 17 „Kriminaltechnik“

zu besetzen.

Die ausgeschriebene Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A 13 (3. Einstiegsamt) bewertet.

Um diese Stelle können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei bewerben, die sich mindestens in einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 befinden.

Im Rahmen der Änderung der Organisationsstruktur der Kriminalpolizei ergibt sich folgende neue Aufgabenbeschreibung für das neu entstehende Kommissariat 17 „Kriminaltechnik“:

Durchführung kriminaltechnischer und erkennungsdienstlicher sowie beweissichernder Maßnahmen, insbesondere

- erkennungsdienstliche Behandlung von Personen, einschließlich der Durchführung von Personenfeststellungsverfahren,
- Spurensuche, -sicherung und -dokumentation,
- Bearbeitung und Kontrolle von DNA-Maßnahmen,
- Erstellung kriminaltechnischer Untersuchungsanträge,

- Qualitätssicherung durch Vorselektion, Registratur, Kontrolle und Koordination kriminaltechnischer Anträge für Untersuchungen bei LKA / BKA, Rechtsmedizin und sonstiger Fachbehörden, auch gegenüber den Dienststellen der Polizeidirektion am Sitz des Polizeipräsidiums,
- Dokumentation von Wahlgegenüberstellungen.

Zentrale Service- und Qualitätssicherungsstelle in kriminaltechnischen und erkennungsdienstlichen Grundsatzfragen.

Aufgabenbeschreibung:

Führung des Kriminalkommissariats, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eigenständige Sachbearbeitung in Relation zu der Anzahl der zu führenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Organisation, Koordination und Kontrolle der Ermittlungsaufträge / Vorgänge.

Lageanalyse, Planung und verantwortliche Umsetzung von Konzepten zur Bekämpfung von Kriminalitätsbrennpunkten sowie im Bereich Erkennungsdienst und Kriminaltechnik

Leitung von kommissariatsinternen Einsätzen oder sonstiger Einsätze auf Weisung.

Anforderungsprofil:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen. Vierjährige Verwendung in der entsprechenden Laufbahn ab dem dritten Einstiegsamt, Erfahrungen in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Umfassende kriminalpolizeiliche und -taktische Befähigung.

Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Erwartet werden die Beachtung der Grundsätze des Gender Mainstreaming und ein gleichstellungsorientiertes Führungsverhalten.

In Rahmen des Förderprogrammes der rheinland-pfälzischen Landesregierung besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben

wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilzeitgeeignet.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung schriftlich auf dem Dienstweg erbeten an das

Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salvianstraße 9
54290 Trier

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Im Fall einer elektronischen Bewerbung bitten wir die Leitung der eigenen Organisationseinheit und die Leitung der betr. Direktion bzw. des Führungsstabs nachrichtlich zu beteiligen.

1210.

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt ist bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / KRIMINALDIREKTION TRIER / ZENTRALE KRIMINALINSPEKTION die Stelle

der Abwesenheitsvertreterin / des Abwesenheitsvertreters des Leiters des Kommissariats 17 (Kriminaltechnik)

zu besetzen.

Die ausgeschriebene Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A 12 bewertet. Um diese Stelle können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei bewerben.

Im Rahmen der Änderung der Organisationsstruktur der Kriminalpolizei ergibt sich folgende neue Aufgabenbeschreibung für das neu entstehende Kommissariat 17 „Kriminaltechnik“:

Durchführung kriminaltechnischer und erkennungsdienstlicher sowie beweissichernder Maßnahmen, insbesondere

- erkennungsdienstliche Behandlung von Personen, einschließlich der Durchführung von Personenfeststellungsverfahren,
- Spurensuche, -sicherung und -dokumentation,
- Bearbeitung und Kontrolle von DNA-Maßnahmen,
- Erstellung kriminaltechnischer Untersuchungsanträge,
- Qualitätssicherung durch Vorselektion, Registratur, Kontrolle und Koordination kriminaltechnischer Anträge für Untersuchungen bei LKA / BKA, Rechtsmedizin und sonstiger Fachbehörden, auch gegenüber den Dienststellen der Polizeidirektion am Sitz des Polizeipräsidiums,
- Dokumentation von Wahlgegenüberstellungen.

Zentrale Service- und Qualitätssicherungsstelle in kriminaltechnischen und erkennungsdienstlichen Grundsatzfragen.

Aufgabenbeschreibung der Abwesenheitsvertretung:

In Abwesenheit des Leiters des Kommissariats: Führung des Kommissariats, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiter, Abschließende Bearbeitung von Ermittlungsvorgängen gem. VV „Organisation der Polizei“ einschließlich Aktenführung und Meldedienste, Anordnung und Durchführung von Eingriffsmaßnahmen, Durchführung von Ermittlungen und Vernehmungen, Tatortarbeit.

Anforderungsprofil:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen.

Dreijährige Verwendung in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung im dritten Einstiegsamt.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Schriftliches Ausdrucksvermögen, Belastbarkeit, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Umfassende kriminalpolizeiliche und -taktische Befähigung.

Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Erwartet werden die Beachtung der Grundsätze des Gender Mainstreaming und ein gleichstellungsorientiertes Führungsverhalten.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Frauenförderungsprogramms besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilzeitgeeignet.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung schriftlich auf dem Dienstweg erbeten an das

Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salviastraße 9
54290 Trier

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Im Fall einer elektronischen Bewerbung bitten wir die Leitung der eigenen Organisationseinheit und die Leitung der betr. Direktion bzw. des Führungsstabs nachrichtlich zu beteiligen.

1211.

Bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / POLIZEIDIREKTION TRIER ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

der Abwesenheitsvertreterin / des Abwesenheitsvertreters des Leiters des Gemeinsamen Sachgebietes Jugend (GSGJ)

zu besetzen. Die ausgeschriebene Stelle, um die sich Beamtinnen und Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei bewerben können, ist nach der Besoldungsgruppe A 12 bewertet.

Aufgabenbeschreibung:

Abwesenheitsvertretung des Leiters des Gemeinsamen Sachgebietes Jugend. Unterstützung des Sachgebietsleiters bei der Kooperation sowie der Netzwerk- und Gremienarbeit mit Einrichtungen, Behörden und fachspezifischen Arbeitskreisen. Mitwirkung bei der Initiierung und Durchführung präventiver und repressiver Konzeptionen und Projekte zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Mitwirkung bei polizeilich relevanten Vorgängen, an denen Minderjährige beteiligt sind, sowohl im Bereich der Prävention als auch der Repression.

Bearbeitung von Straf- und Bußgeldverfahren

- gegen unter 21-jährige Tatverdächtige und Kinder unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten der Diversion, des Täter-Opfer-Ausgleichs und des Jugendgerichtsgesetzes insgesamt
- gegen erwachsene Tatverdächtige, bei denen die Opfer unter 18 bzw. 21 Jahren sind.

Zusammenarbeit mit Institutionen, die für Jugendfragen, Sozialisationsunterstützung und Jugendhilfe zuständig sind. Erstellen örtlicher Lagebilder im eigenen Aufgabenbereich.

Anforderungsprofil:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen.

Dreijährige Verwendung in der entsprechenden Laufbahn.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz
Auffassungsgabe; Denk- und Urteilsvermögen
Kommunikationsfähigkeit
schriftliches Ausdrucksvermögen
Einfallsreichtum, Initiative
Selbstständigkeit, Entschlusskraft
Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft

Belastbarkeit
Kooperation und Teamarbeit.

Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Erwartet werden die Beachtung der Grundsätze des Gender Mainstreaming und ein gleichstellungsorientiertes Führungsverhalten.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Frauenförderungsprogramms besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilzeitgeeignet.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung schriftlich auf dem Dienstweg erbeten an das

Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salviastraße 9
54290 Trier

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Im Fall einer elektronischen Bewerbung bitten wir die Leitung der eigenen Organisationseinheit und die Leitung der betr. Direktion bzw. des Führungsstabs nachrichtlich zu beteiligen.

1212.

Die TECHNISCHE UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN (TUK) ist eine technisch-naturwissenschaftlich ausgerichtete Forschungsuniversität mit internationaler Sichtbarkeit. In der Grundlagenforschung ist sie insbesondere in sieben Sonderforschungsbereichen und Transregio-SFBs aktiv. Wichtige Themenbereiche der anwendungsorientierten Forschung werden in enger Kooperation mit den zehn Forschungsinstituten am Standort bearbeitet. Die TUK ist eine Campus-Universität mit kurzen Wegen und einem partnerschaftlichen Miteinander.

Im Fachbereich Maschinenbau und Verfahrenstechnik der Technischen Universität Kaiserslautern ist

eine Juniorprofessur (W 1) für „Elektrolytthermodynamik und Molekulare Simulation“

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Die Stelleninhaberin / Der Stelleninhaber soll das Fachgebiet

„Elektrolytthermodynamik und Molekulare Simulation“ in Lehre und Forschung vertreten. Im Bereich der Forschung soll ein Schwerpunkt auf der Modellierung und Simulation von Elektrolytsystemen mit phänomenologischen und molekularen Methoden liegen. Anwendungen können beispielsweise in den Bereichen der Batterietechnik, der Umwelt- und Verfahrenstechnik oder der Bioverfahrenstechnik liegen. Experimentelle Arbeiten sind erwünscht.

Die Juniorprofessur kooperiert eng mit dem Lehrstuhl für Thermodynamik (LTD). Bereitschaft zur Mitarbeit in interdisziplinären Forschungsvorhaben sowie zum Einwerben von Drittmitteln wird vorausgesetzt.

Voraussetzung zur Einstellung ist eine überdurchschnittliche Promotion. Die Besetzung der Stelle erfolgt im Beamtenverhältnis auf Zeit für drei Jahre und kann nach positiver Evaluation um weitere drei Jahre verlängert werden.

Das Land Rheinland-Pfalz und die TUK vertreten ein Betreuungskonzept, bei dem eine hohe Präsenz der Lehrenden an der Universität erwartet wird.

Neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen gelten die in § 54 des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz geregelten Einstellungsvoraussetzungen. Der Text ist auf der Homepage der TUK hinterlegt (<http://www.uni-kl.de/universitaet/verwaltung/ha-1/ha1-rechtsvorschrift/>).

Die TUK strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung und Lehre an und fordert deshalb qualifizierte Akademikerinnen nachdrücklich auf, sich zu bewerben. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt (bitte der Bewerbung Nachweis beifügen). Die TUK ist eine familienfreundliche Universität, sie schätzt die Vielfalt ihrer Mitglieder und ermöglicht Chancengleichheit für alle.

Bewerbungen mit Lebenslauf werden **bis zum 31. März 2018** erbeten an:

**Dekanat Fachbereich
Maschinenbau und Verfahrenstechnik
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 30 49
67653 Kaiserslautern**

E-Mail:

dekanat@mv.uni-kl.de

Ackerkruste bis zu ewigen Teufe zum Zwecke der Schiefergewinnung beliebig zu benutzen und darüber zu verfügen (Bewilligung vom 27. Oktober 1901) ausgeschlossen.

Cochem, den 7. März 2018

- 2 UR II 5/17 -

Das Amtsgericht

1218.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 4, Briefnummer 105344, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Grünstadt Gemarkung Laumersheim Blatt 339 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 12.700,- DM mit 12 % Zinsen jährlich bei Verzug 13 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Grünstadt, den 7. März 2018

- 2 UR II 10/17 -

Das Amtsgericht

1219.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Idar-Oberstein Gemarkung Idar-Oberstein Blatt 11099 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 22.000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Idar-Oberstein, den 8. März 2018

- 38 UR II 16/17 -

Das Amtsgericht

1220.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 5280499, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Edenkoben Blatt 4638 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 75.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Landau, den 1. März 2018

- 1 UR II 11/17 -

Das Amtsgericht

1221.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 14982524, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Edenkoben Blatt 4243 in Abteilung III Nr. 8 eingetragene Grundschuld zu 306.775,13 EUR mit 18 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Landau, den 1. März 2018

- 1 UR II 15/17 -

Das Amtsgericht

1222.

Ausschlussbeschluss: Die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch des Amtsgerichts Linz am Rhein Gemarkung Hönningen Blatt 6098 in Abteilung III Nr. 8 - 10 eingetragenen Grundschulden zu je 200.000,- DM mit jeweils 15 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Linz, den 27. Februar 2018

- 5a UR II 20/17 -

Das Amtsgericht

1223.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Wintersheim Blatt 556 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 118.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Mainz, den 28. Februar 2018

- 73 UR II 55/17 -

Das Amtsgericht

Bekanntmachungen der Gerichte

1213.

Öffentliche Aufforderung

Am 12.9.2017 verstarb Michael Schorr, geboren am 5.4.1956 in Ottweiler, letzte Anschrift: 54675 Körperich.

Erben konnten nicht ermittelt werden. Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlass zustehen, werden aufgefordert, diese Rechte innerhalb von 6 Wochen ab Veröffentlichung beim Nachlassgericht Bitburg anzumelden, andernfalls wird gemäß § 1964 BGB festgestellt, dass ein anderer Erbe als der Fiskus des Landes Rheinland-Pfalz nicht vorhanden ist.

Die Rechte vorhandener Erben am Nachlass bleiben durch die gerichtliche Feststellung unberührt.

Bitburg, den 5. März 2018

- 7 VI 35/18 -

Das Amtsgericht

Ausschlussbeschlüsse / Ausschlussurteile

1214.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Andernach Gemarkung Andernach Blatt 13426 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 12.000,- DM wird für kraftlos erklärt.

Andernach, den 5. März 2018

- 67 UR II 338/17 -

Das Amtsgericht

1215.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 118229, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bernkastel-Kues Gemarkung Bernkastel Blatt 1586 in Abteilung III Nr. 2 (jetzt Blatt 2865 in Abt. III Nr. 1) eingetragene Grundschuld zu 7669,38 EUR wird für kraftlos erklärt.

Bernkastel-Kues, den 28. Februar 2018

- 4b UR II 7/17 -

Das Amtsgericht

1216.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 4, Briefnummer 101031, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bitburg Gemarkung Steinborn (bei Bitburg) Blatt 391 (vorher Blatt 190) in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 24.000,- DM nebst 10 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 201512, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bitburg Gemarkung Steinborn (bei Bitburg) Blatt 391 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 12.000,- DM nebst 12 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Bitburg, den 2. März 2018

- 5 UR II 10/17 -

Das Amtsgericht

1217.

Ausschlussbeschluss: Die im Grundbuch von Cochem Gemarkung Leienkaul Blatt 4 in Abteilung II Nr. 1 bzgl. Flur 16 Flst. 81/1, (jetzt übertragen in Leienkaul Blatt 31 (eingetragenen Berechtigten Eheleute Schieferbrecher Michael May und Gertrud geb. Berenz in Leienkaul in übergeleiteter Fahrgemeinschaft werden mit ihrem Recht den unterirdischen Teil des Grundstücks in entsprechender Tiefe unter der

1224.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Gonsenheim Blatt 13675 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 118.430,- DM mit 20 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Gonsenheim Blatt 13678 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 102.000,- DM mit 20 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Mainz, den 5. März 2018

- 73 UR II 68/17 - Das Amtsgericht

1225.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Ochtenburg Blatt 5162 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 7669,38 EUR mit 10 % Zinsen jährlich, bei Verzug 0,5 % Verzugszinsen, wird für kraftlos erklärt.

Mayen, den 7. März 2018

- 2 UR II 16/17 - Das Amtsgericht

1226.

Ausschließungsbeschluss: Die Sparbücher der Kreissparkasse Rhein-Hunsrück, ausgestellt für die Konten a) 313193922, b) 313118259, c) 313197287, d) 417006715, e) 463152629, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Inge Strauß, Hunsgasse 5, 55469 Simmern, werden für kraftlos erklärt.

Simmern, den 6. März 2018

- 33 UR II 17/17 - Das Amtsgericht

1227.

Ausschließungsbeschluss: Folgende Grundschuldbriefe werden für kraftlos erklärt: 1. Gesamtgrundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 029223, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Thörnich Blatt 1160 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 10.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich sowie unter Mithaft über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Thörnich Blatt 749 in Abteilung III Nr. 5 eingetragene Grundschuld zu 5112,92 EUR mit 10 % Zinsen jährlich sowie unter Mithaft über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Klüsserath Blatt 4383 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 5112,92 EUR mit 10 % Zinsen jährlich und unter Mithaft über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Thörnich Blatt 1101 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 5112,92 EUR mit 10 % Zinsen jährlich, 2. Grundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 037143, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Thörnich Blatt 1160 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 10.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich sowie unter Mithaft über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Thörnich Blatt 749 in Abteilung III Nr. 6 eingetragene Grundschuld zu 5112,92 EUR mit 10 % Zinsen jährlich sowie unter Mithaft über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Klüsserath Blatt 4383 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 5112,92 EUR mit 10 % Zinsen jährlich und unter Mithaft über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Thörnich Blatt 1101 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 5112,92 EUR mit 10 % Zinsen jährlich.

Trier, den 2. Februar 2018

- 50A UR II 27/16 - Das Amtsgericht

1228.

Ausschließungsbeschluss: Der Gesamtgrundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6106600, über die im Wohnungsgrundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Tarforst Blatt 1311 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- DM mit 14 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmalige Nebenleistung sowie unter Mithaft über die im Wohnungsgrundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Tarforst Blatt 1648 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- DM mit 14 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmalige Nebenleistung und unter Mithaft über die im Wohnungsgrundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Tarforst Blatt 1651 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- DM mit 14 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmalige Nebenleistung wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 1. März 2018

- 50A UR II 37/16 - Das Amtsgericht

1229.

Ausschließungsbeschluss: Der Gläubiger, der im Wohnungs- und Teileigentumsgrundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Trier Blatt 20801 auf dem Miteigentumsanteil von 107,92/1000 an Grundstück Trier Flur 32 Flurstück 13/8, Gebäude- und Freifläche / Verkehrsfläche, Paulinstraße 102, Flurstück 13/7, Gebäude- und Freifläche/Verkehrsfläche, Paulinstraße 106, Flurstück 14/4, Gebäude- und Freifläche/Verkehrsfläche, Paulinstraße 104, 2775 qm groß, in Abteilung III Nr. 3 eingetragenen Sicherungshypothek bis zum Höchstbetrag von 13.500,- DM, unter Mithaft in Blatt 20802, 20803, 20804, 20805, 20806, 20807, 20808, 20809, 20810, 20811, 20812, 20813, 20814, 20815, 20816, wird mit seinen Rechten ausgeschlossen.

Trier, den 6. März 2018

- 50A UR II 96/16 - Das Amtsgericht

1230.

Ausschließungsbeschluss: 1. Folgende Grundschuldbriefe werden für kraftlos erklärt: 1. Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6971777, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Ruwer-Maximin Blatt 431 in Abteilung III Nr. 12 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmalige Nebenleistungen, 2. Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6971778, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Ruwer-Maximin Blatt 431 in Abteilung III Nr. 13 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmalige Nebenleistungen, 3. Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6971779, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Ruwer-Maximin Blatt 431 in Abteilung III Nr. 14 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmalige Nebenleistungen, 4. Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6971780, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Ruwer-Maximin Blatt 431 in Abteilung III Nr. 15 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmalige Nebenleistungen, 5. Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6971781, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Ruwer-Maximin Blatt 431 in Abteilung III Nr. 16 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmalige Nebenleistungen.

Trier, den 1. März 2018

- 50A UR II 22/17 - Das Amtsgericht

1231.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Briefnummer 9413579, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Künz Blatt 7896 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 20.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 5. März 2018

- 50A UR II 26/17 - Das Amtsgericht

1232.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 0285122, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Schweich Blatt 6086 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 25.000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 1. März 2018

- 50A UR II 38/17 - Das Amtsgericht

1233.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 12437473, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Kasel Blatt 2238 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 135.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen einmalig wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 5. März 2018

- 50A UR II 45/17 - Das Amtsgericht

1234.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 062040, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Kordel Blatt 3851 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 13.800,- DM mit 6 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 5. März 2018

- 50A UR II 51/17 - Das Amtsgericht

1235.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 11312986, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Pfalzel Blatt 6233 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 21.985,55 EUR mit 12 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 1. März 2018

- 50A UR II 52/17 - Das Amtsgericht

1236.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 153951, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Euren Blatt 2269 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 15.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 183029, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Euren Blatt 2269 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 12.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Trier, den 6. März 2018

- 50A UR II 62/17 - Das Amtsgericht

1237.

Ausschließungsbeschluss: Der Gesamtschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 14489298, über die im Wohnungsgrundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Trier Blatt 19711 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 170.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmaliger Nebenleistung und unter Mithaft über die im Wohnungsgrundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Trier Blatt 19745 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 170.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmaliger Nebenleistung wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 2. März 2018

- 50A UR II 63/17 - Das Amtsgericht

1238.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Briefnummer 7783976, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Trierweiler Blatt 1628 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 72.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 1. März 2018

- 50A UR II 70/17 - Das Amtsgericht

1239.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 2353563, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Kürenz Blatt 2783 in Abteilung III Nr. 14 eingetragene Grundschuld zu 12.400,- DM mit 12 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 1. März 2018

- 50A UR II 71/17 - Das Amtsgericht

1240.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 363132218, ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Christina Tröndlin, Schiffstraße 4, 54293 Trier, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 1. März 2018

- 50A UR II 75/17 - Das Amtsgericht

1241.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 364141648, ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Heidemarie Treutel-Repp, Trierer Straße 22, 54456 Tawern, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 2. März 2018

- 50A UR II 77/17 - Das Amtsgericht

1242.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Volksbank Trier eG, Sparbuchnummer 2006702361, ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Herr Wolfgang Biber, Kentuckyallee 88, 76149 Karlsruhe, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 2. März 2018

- 50A UR II 79/17 - Das Amtsgericht

1243.

Ausschließungsbeschluss: Der Hypothekenbrief, Gruppe 1, Briefnummer 032917, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Westerburg Gemarkung Bad Marienberg

Blatt 2224 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Hypothek zu 5.600,- DM nebst bis zu 6 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Westerburg, den 21. Februar 2018

- 26c UR II 8/17 - Das Amtsgericht

Aufgebote

1244.

Herr Bernhard Seelbach, Kleinrittergasse 22, 60594 Frankfurt am Main, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 090757, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Altenkirchen Gemarkung Eichen Blatt 1228 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 5100,- DM mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot – gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung – in Ludwigsburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 25. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Altenkirchen anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Altenkirchen, den 23. Februar 2018

- 71 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

1245.

Herr Eugen Zimmermann, Birkenweg 10, 57632 Flammersfeld, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 10915090, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Altenkirchen Gemarkung Flammersfeld Blatt 1398 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 25.564,59 EUR mit 18 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Herr Eugen Zimmermann, 57632 Flammersfeld.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 28. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Altenkirchen anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Altenkirchen, den 28. Februar 2018

- 71 UR II 2/18 - Das Amtsgericht

1246.

Herr Wolfgang Pauli hat den Antrag auf Ausschluss unbekannter Grundpfandrechtsgläubiger bei Gericht eingereicht. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Auen Blatt 558 Bezeichnung: Flur 4 Flurstück 201 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Zwangssicherungshypothek zu 3322,39 EUR, nur lastend auf dem Anteil Abt. I Nr. 3A. Eingetragener Grundpfandrechtsgläubiger laut Grundbucheintrag: Herr Frank Korkowski. Letzter bekannter Wohnsitz des Grundpfandrechtsgläubigers: Schloßstraße 2a, 55543 Bad Kreuznach. Der eingetragene Gläubiger ist verstorben. Erben sind unbekannt.

Die Grundpfandrechtsgläubiger werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zu dem 18. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Bad Sobernheim anzumelden, da ansonsten ihre Ausschluss der Gläubigerrechte erfolgen

und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben kann.

Bad Sobernheim, den 16. Februar 2018

- 6 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

1247.

Die Mainzer Volksbank eG, Neubrunnenstraße 2, 55116 Mainz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Nieder-Ingelheim Blatt 5832 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 120.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen. Eingetragener Berechtigter: VR Bank Rhein-Nahe eG, Ingelheim.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 19. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Bingen anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bingen am Rhein, den 19. Februar 2018

- 30 UR II 3/18 - Das Amtsgericht

1248.

Herr Josef Gasper, Bitburger Straße 5, 54636 Rittersdorf, hat den Antrag auf Ausschluss des Eigentümers eines Grundstücks bei Gericht eingereicht. Betroffen ist das Grundstück: Amtsgericht Bitburg Gemarkung Rittersdorf Blatt 1714. Bezeichnung: Flur 9 Nr. 17, Landwirtschaftsfläche, Waldfläche, Hinterm Damesberg, 10550 qm. Eigentümer laut Grundbucheintrag: Herr Nikolaus Gasper, Rittersdorf.

Der im Grundbuch eingetragene Eigentümer wird aufgefordert, seine Eigentümerrechte **spätestens bis zu dem 13. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Bitburg anzumelden, da ansonsten seine Ausschluss der Rechte als Eigentümer erfolgen wird.

Bitburg, den 13. Februar 2018

- 6 UR II 1/17 - Das Amtsgericht

1249.

Die Commerzbank AG, Amsinckstraße 69 - 71c, 20097 Hamburg, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 13148951, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bitburg Gemarkung Bitburg Blatt 4921 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 350.000,- DM nebst 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen einmalig. Eingetragener Berechtigter: Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Filiale Bitburg – Zweigniederlassung der Firma Dresdner Bank Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main -.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 13. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Bitburg anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bitburg, den 13. Februar 2018

- 6 UR II 3/18 - Das Amtsgericht

1250.

Frau Renate Elisabeth Schneider geborene Bröder, geb. am 13.12.1955, Schulstraße 10, 90610 Winkelhaid, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief (Gruppe 02,

Briefnummer 17335471) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Koblenz Blatt 6053 in Abteilung III Nr. 9 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- EUR. Eingetragene Berechtigte: Frau Hildegard Bröder geb. Wetzels, geb. am 10.11.1932.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 29. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Koblenz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Koblenz, den 5. März 2018

- 142 UR II 22/16 - Das Amtsgericht

1251.

Frau Ingeborg Katharina Schanz, Bisholderweg 38, 56072 Koblenz, Herr Hermann Schanz, Zum Mückenplatz 15, 56332 Wollen, Herr Peter Lorenz Schanz, Niedergasse 3, 56073 Koblenz, und Frau Monika Muro, 11 Sedum Place, Crafers West 5152 Australien Australien, haben den Antrag auf Ausschließung des Eigentümers eines Grundstücks bei Gericht eingereicht. Betroffen ist das Grundstück: Amtsgericht Koblenz Gemarkung Moselweiß Blatt 1149. Bezeichnung: Flur 7 Nr. 141, Hofraum an der Niedergasse 3, 03 qm. Eigentümer laut Grundbucheintrag: Eheleute Josef Reuter und Elisabeth Reuter geb. Sühr in übergeleiteter Fahrgemeinschaft zu 1/2-Anteil.

Der im Grundbuch eingetragene Eigentümer wird aufgefordert, seine Eigentümerrechte **spätestens bis zu dem 2. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Koblenz anzumelden, da ansonsten seine Ausschließung der Rechte als Eigentümer erfolgen wird.

Koblenz, den 1. März 2018

- 152 UR II 50/17 - Das Amtsgericht

1252.

Herr Hans Haas, Eutzinger Straße 18, 76829 Landau in der Pfalz, Herr Manfred Haas, Krämerstraße 6, 76855 Annweiler am Trifels, und Herr Jürgen Haas, Friedrich-Ebert-Straße 16, 67480 Edenkoben, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Hypothekenbrief, Gruppe 3, Briefnummer 036633, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Maikammer Blatt 1567 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Hypothek zu 30.000,- DM mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Zusatzversicherungskasse des Baugewerbes Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Wiesbaden.

Der Inhaber des Hypothekenbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 2. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Landau in der Pfalz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Landau, den 1. März 2018

- 1 UR II 28/17 - Das Amtsgericht

1253.

LBS Südwest, Vordere Synagogenstraße 2, 55116 Mainz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 7788559, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landstuhl Gemarkung Ramstein Blatt 1122 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 60.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen. Eingetragener Berechtigter:

LBS Landesbausparkasse Südwest, Vordere Synagogenstraße 2, 55116 Mainz.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 2. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Landstuhl anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Landstuhl, den 2. März 2018

- 2 UR II 2/18 - Das Amtsgericht

1254.

Frau Hedwig Kaiser, Schelmenzeile 26, 67067 Ludwigshafen am Rhein, und Herr Georg Kaiser, Schelmenzeile 26, 67067 Ludwigshafen am Rhein, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Ludwigshafen Gemarkung Maudach Blatt 1320 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 10.700,- DM. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Schwäbisch-Hall AG, in Schwäbisch-Hall.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 5. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Ludwigshafen, den 5. März 2018

- 14 UR II 2/18 - Das Amtsgericht

1255.

Herr Theodor Meurer, Burwiesenstraße 3, 56276 Großmaisch, Frau Marita Meurer, Burwiesenstraße 3, 56276 Großmaisch, Herr Bernhard Kramer, Zu den Auen 11, 56276 Großmaisch, Frau Rita Kramer, Zu den Auen 11, 56276 Großmaisch, Frau Christel Holl, Ortsstraße 33, 56271 Maroth, Herr Reinhold Henk, Mittelstraße 38, 56276 Großmaisch, und Frau Lucia Henk, Mittelstraße 38, 56276 Großmaisch, haben den Antrag auf Ausschluss unbekannter Grundpfandrechtsgläubiger bei Gericht eingereicht. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Neuwied Gemarkung Großmaisch Blatt 2102 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Sicherungshypothek zu 400,- DM. Außerdem handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Neuwied Gemarkung Großmaisch Blatt 2103 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Sicherungshypothek zu 400,- DM. Es handelt sich dazu um die im Grundbuch des Amtsgerichts Neuwied Gemarkung Großmaisch Blatt 2105 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Sicherungshypothek zu 502,51 DM nebst vier vom hundert Jahreszinsen von siebenundsiebzig 50/100 Deutsche Mark vom 8. Mai 1959 ab. Es handelt sich dazu um die im Grundbuch des Amtsgerichts Neuwied Gemarkung Großmaisch Blatt 2106 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Sicherungshypothek zu 400,- DM. Eingetragener Grundpfandrechtsgläubiger laut Grundbucheintrag: Firma Ferdinand Florstedt Kommanditgesellschaft in Berlin-Reinickendorf.

Die Grundpfandrechtsgläubiger werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zu dem 19. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Neuwied anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der Gläubigerrechte erfolgen und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben kann.

Neuwied, den 6. März 2018

- 40 UR II 2/18 - Das Amtsgericht

1256.

Herr Claus Nies, Schulstraße 6, 56316 Raubach, und Frau Marliese Nies, Schulstraße 6, 56316 Raubach, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Neuwied Gemarkung Raubach Blatt 1285 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Hypothek zu 32.000,- DM mit 6 1/4 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen. Eingetragener Berechtigter: Sächsische Bodencreditanstalt in Frankfurt am Main.

Der Inhaber des Hypothekenbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 16. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Neuwied anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Neuwied, den 5. März 2018

- 40 UR II 3/18 - Das Amtsgericht

1257.

Das Land Rheinland-Pfalz, Kaiserstraße 2, 66955 Pirmasens, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 16581147, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Pirmasens Gemarkung Fischbach Blatt 1225 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 5112,92 EUR. Eingetragener Berechtigter: Frau Annemarie Steigner in Fischbach.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 6. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Pirmasens anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Pirmasens, den 6. März 2018

- 1 UR II 38/17 - Das Amtsgericht

1258.

Herr Kurt Kimmel, Schlesienstraße 10, 67292 Kirchheimbolanden, und Frau Kerstin Kimmel, Pommernstraße 14, 67292 Kirchheimbolanden, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Rockenhausen Gemarkung Kirchheimbolanden Blatt 2306 (ursprünglich Blatt 701, III/3) in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 17.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Schwäbisch Hall AG - Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken -, Schwäbisch Hall.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 9. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Rockenhausen anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Rockenhausen, den 7. März 2018

- 3 UR II 4/18 - Das Amtsgericht

1259.

Die Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG, Ernst-Scheuern-Platz 1, 65582 Diez, hat den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommener Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts St. Goar Gemarkung Boppard Blatt 4498 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 35.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Volks-

bank Oberlahnstein e.G.m.b.H. in Oberlahnstein. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts St. Goar Gemarkung Boppard Blatt 4498 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 5000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Volksbank Oberlahnstein e.G.m.b.H. in Oberlahnstein.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 5. Juli 2018** vor dem Amtsgericht St. Goar anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird.

St. Goar, den 5. März 2018

- 3 UR II 14/17 - Das Amtsgericht

1260.

Der Nachlasspfleger Herr Heinrich Ely, Koblenzer Straße 32, 56112 Lahnstein, als gesetzlicher Vertreter der unbekannten Erben von Leonard Mückschel, geboren am 3.1.1935, verstorben am 22.12.2015, letzte Anschrift: Halfenstraße 5, 54340 Pölich, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 349453043, ausgestellt für das gleichnamige Konto. Das Sparbuch lautet auf: Herr Leonard Mückschel, letzte Anschrift: Halfenstraße 5, 54340 Pölich.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 2. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Trier, den 2. März 2018

- 50A UR II 65/17 - Das Amtsgericht

1261.

Frau Angelika Thein, Kapellenstraße 7, 54316 Hockweiler, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 10933934, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Hockweiler Blatt 481 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 76.693,78 EUR mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen einmalig. Eingetragene Berechtigter: Volksbank Trier, eingetragene Genossenschaft, Herzogenbuscher Straße 16 - 18, 54292 Trier.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 6. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Trier, den 6. März 2018

- 50A UR II 85/17 - Das Amtsgericht

1262.

Frau Gertrud Faber, Am Knieberg 1, 54293 Trier, und Herr Werner Faber, Am Knieberg 1, 54293 Trier, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 300709797, ausgestellt für das gleichnamige Konto. Das Sparbuch lautet auf: Frau Gertrud Faber und Herr Werner Faber, Am Knieberg 1, 54293 Trier.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 2. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Trier anzu-

melden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Trier, den 2. März 2018

- 50A UR II 10/18 - Das Amtsgericht

1263.

Die Westerwald Bank, Rheinstraße 64 - 70, 56235 Ransbach-Baumbach, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Westerburg Gemarkung Langenbach (bei

Bad Marienberg) Blatt 714 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 160.000,- DM nebst 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen. Eingetragener Berechtigter: Westerwald Bank eG früher Westerwälder Volksbank eG, Neumarkt 1 - 5, 57627 Hachenburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 9. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Westerburg anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Westerburg, den 8. März 2018

- 26c UR II 3/18 - Das Amtsgericht

Zwangsversteigerungsverfahren

- Terminbestimmungen -

Die nachstehenden unter lfd. Nr. 1264 bis 1304 bezeichneten Grundstücke (Erbbaurechte) sollen zu den dort angegebenen Zeiten versteigert werden. In jeder dieser Zwangsversteigerungssachen erlässt das Gericht folgende Aufforderungen:

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller widerspricht. Andernfalls wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Rangschritts schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks, des Erbbaurechtes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, so tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

1264.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 15. Mai 2018, 14.30 Uhr**, Raum 114, Sitzungssaal, Amtsgericht Alzey Schlossgasse 32, 55232 Alzey, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Schornheim Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 1/2, Sondereigentums-Art an der Wohnung im Dachgeschoss mit Keller, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 2; für jeden Anteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blatt 2167 bis 2168); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; wegen Sondernutzung des Speicherraums, wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 14. Juni 1994; übertragen aus Blatt 1573; eingetragen am 22. Mai 1995, Blatt 2168 BV 1; an Grundstück Gemarkung Schornheim Flur 11 Flurstück Nr. 73/3, Gebäude- und Freifläche, Zum Dockenborn 4

A, 433 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Eigentumswohnung; ca. 74 qm Wohnfläche; Baujahr ca. 1994/1995; Verkehrswert: 136.000,- EUR.

Weitere Informationen unter <http://www.versteigerungspool.de>.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. Dezember 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Alzey, den 6. März 2018

- 2 K 36/16 - Das Amtsgericht

1265.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Donnerstag, dem 3. Mai 2018, 13.00 Uhr**, Raum 107, Sitzungssaal, Amtsgericht Alzey, Schlossgasse 32, 55232 Alzey, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wöllstein 1/4-Anteil 1.2. L.H. an lfd. Nr. 1 Gemarkung Wöllstein Flur 1 Flurstück Nr. 360, Gebäude- und Freifläche, Rathausgasse 1, 506 m², Blatt 4563 BV 1. Zusatz zu lfd. Nr. 1: 3 zu 1): Grunddienstbarkeit (Fensterrecht, Kanalrecht) an Grundstück Gemarkung Wöllstein Flur 1 Flurstück 361/1 (Best. Verz.Nr. 1 in Blatt 4626). Dort eingetragen in Abteilung II Nr. 1. Vermerkt am 2. Januar 1976 und Vermerk 2 zu 1 auf den aktuellen Grundbuchstand zurückgeführt am 27. Januar 2014. Eingetragen im Grundbuch von Wöllstein 1/2-Anteil 1.3 M.H. an lfd. Nr. 2 Gemarkung Wöllstein Flur 1 Flurstück Nr. 360, Gebäude- und Freifläche, Rathausgasse 1, 506 m², Blatt 4563 BV 1. Zusatz zu lfd. Nr. 2: 3 zu 1): Grunddienstbarkeit (Fensterrecht, Kanalrecht) an Grundstück Gemarkung Wöllstein Flur 1 Flurstück 361/1 (Best. Verz.Nr. 1 in Blatt 4626). Dort eingetragen in Abteilung II Nr. 1. Vermerkt am 2. Januar 1976 und Vermerk 2 zu 1 auf den aktuellen Grundbuchstand zurückgeführt am 27. Januar 2014. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus - sanierungsbedürftig; Verkehrswert: 140.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus - sanierungsbe-

dürftig; Verkehrswert: 140.000,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus - sanierungsbedürftig; Verkehrswert: 140.000,- EUR.

Weitere Informationen unter <http://www.versteigerungspool.de>.

Der Versteigerungsvermerk ist am 31. Mai 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Alzey, den 8. März 2018

- 1 K 23/17 - Das Amtsgericht

1266.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 19. Juni 2018, 14.15 Uhr**, Raum 109, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Herkersdorf Gemarkung Herkersdorf Flur 2 Flurstück Nr. 379/5, Gebäude- und Freifläche, Kirchener Straße 2, 391 m², Blatt 860 BV 12. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Dreifamilienhaus; Verkehrswert: 93.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Mai 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 26. Februar 2018

- 11 K 23/16 - Das Amtsgericht

1267.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 5. Juni 2018, 14.15 Uhr**, Raum 109, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Dauersberg Gemarkung Dauersberg Flur 6 Flurstück Nr. 6/6, Gebäude- und Freifläche, Mittelbuschstraße 11, Laternenhof, 5431 m², Blatt 517 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Zweifamilienwohnhaus und Nebengebäude; Verkehrswert: 221.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 26. Februar 2018

- 14 K 65/17 - Das Amtsgericht

1268.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 19. Juni 2018, 11.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2 / 4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Orenhofen lfd. Nr. 1 Gemarkung Orenhofen Flur 25 Flurstück Nr. 192/1, Gebäude- und Freifläche, Zemmerer Straße, 121 m², Blatt 3173 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Orenhofen Flur 25 Flurstück Nr. 195, Gebäude- und Freifläche, Zemmerer Straße 21, 245 m², Blatt 3173 BV 2. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Doppelgarage; Verkehrswert: 9300,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus; zweiseitig angebaut; nicht unterkellert; Dachgeschoss nicht ausgebaut; Verkehrswert: 89.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. November 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 2. März 2018

- 10 K 99/16 - Das Amtsgericht

1269.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 15. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2 / 4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wischeid Gemarkung Wischeid Flur 6 Flurstück Nr. 25, Waldfläche, Aufm Fenn, 48.580 m², Blatt 348 BV 3. Verkehrswert: 16.500,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 28. Februar 2018

- 10 K 50/17 - Das Amtsgericht

1270.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 21. Juni 2018, 11.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2 / 4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Jünkerath Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 17.793/100.000, Sondereigentums-Art an der Wohnung im Dachgeschoss rechts des Gebäudes nebst Kellerraum, SE-Nr. 6, Sondernutzungsrecht an PKW-Stellplatz - SN 6, Blatt 1523 BV 1; an Grundstück Gemarkung Jünkerath Flur 3 Flurstück Nr. 24/68, Verkehrsfläche, Kölner Straße, 9 m², Gemarkung Jünkerath Flur 3 Flurstück Nr. 24/81, Gebäude- und Freifläche, Erholungsfläche, Kölner Straße 29, 1102 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 15.300,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. Februar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 2. März 2018

- 10 K 13/18 - Das Amtsgericht

1271.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 21. Juni 2018, 11.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2 / 4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Jünkerath Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 16.290/100.000, Sondereigentums-Art an der Wohnung im Dachgeschoss links des Gebäudes nebst Kellerraum, SE-Nr. 3, Sondernutzungsrecht an PKW-Stellplatz - SN 5, Blatt 1522 BV 1; an Grundstück Gemarkung Jünkerath Flur 3 Flurstück Nr. 24/68, Verkehrsfläche, Kölner Straße, 9 m², Gemarkung Jünkerath Flur 3 Flurstück Nr. 24/81, Gebäude- und Freifläche, Erholungsfläche, Kölner Straße 29, 1102 m². Verkehrswert: 16.400,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. Februar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 2. März 2018

- 10 K 14/18 - Das Amtsgericht

1272.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 16. Mai 2018, 10.30 Uhr**, Raum 101, Sitzungssaal, Amtsgericht Grünstadt, Tiefenthaler Straße 8, 67269 Grünstadt, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Sausenheim Gemarkung Sausenheim Flur/Flurstück 210/2, Gebäude- und Freifläche, Leininger Straße 28, 1280 m², Blatt 1287 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück, bebaut mit Einfamilienhaus und zwei Garagen; Verkehrswert: 299.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. August 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Grünstadt, den 22. Februar 2018

- 2 K 26/16 - Das Amtsgericht

1273.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 6. Juni 2018, 10.30 Uhr**, Raum 101, Sitzungssaal, Amtsgericht Grünstadt, Tiefenthaler Straße 8, 67269 Grünstadt, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wattenheim Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 1 ME-Anteil: 1/4, Sondereigentums-Art an der im neuen Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Wohnung im Erdgeschoss des Altbau, Sondernutzungsrecht: Sondernutzungsrechte sind vereinbart, u.a. ist der Vorgarten zugewiesen, Blatt 867 BV 1; lfd. Nr. 2 ME-Anteil: 1/4, Sondereigentums-Art an der im neuen Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Wohnung im Obergeschoss des Altbau, Sondernutzungsrecht: Sondernutzungsrechte sind vereinbart, Blatt 869 BV 1; an Grundstück Gemarkung Wattenheim Flur/Flurstück 1602/3, Gebäude- und Freifläche, Speyerer Straße 27, 27 A, 366 m²; Gemarkung Wattenheim, Flur/Flurstück 1602/3, Gebäude- und Freifläche, Speyerer Straße 27, 21 m². Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 2-Zimmer-ETW-Wohnung; Verkehrswert: 28.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 4-Zimmer-ETW-Wohnung, Garage; Verkehrswert: 29.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 12. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Grünstadt, den 5. März 2018

- 1 K 20/17 - Das Amtsgericht

1274.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 19. Juli 2018, 13.45 Uhr**, Raum 15, Sitzungssaal, Amtsgericht Kaiserslautern, Bahnhofstraße 24, 67655 Kaiserslautern, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Erbbaurecht, eingetragen im Grundbuch von Kaiserslautern Blatt 24710 BV 1, an dem im Grundbuch von Kaiserslautern Blatt 18666 eingetragenen Grundstück Gemarkung Kaiserslautern, Flur/Flurstück 3693/40, Gebäude- und Freifläche, Im Haderwald 14, 1998 m². Zusatz: Dauer des Erbbaurechts: bis 31. Dezember 2091. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Erbbaurecht

bebaut mit Produktions- sowie Lager/Bürogebäude; insgesamt guter baulicher Zustand. Verkehrswert: 295.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. Januar 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Weitere Informationen im Internet unter www.versteigerungspool.de.

Kaiserslautern, den 7. März 2018

- 5 K 126/16 - Das Amtsgericht

1275.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 28. Juni 2018, 13.45 Uhr**, Raum 15, Sitzungssaal, Amtsgericht Kaiserslautern, Bahnhofstraße 24, 67655 Kaiserslautern, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Morlautern Gemarkung Morlautern Flur/Flurstück 1/3, Gebäude- und Freifläche, Wirtschaft-Otterbacher Straße 11, 3710 m², Blatt 915 BV 3. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Hotel- und Gastronomiebetrieb; Wohn- und Nutzflächen ca. 1250 m²; 30 Hotelzimmer; Gastronomiebetrieb, 1 Wohnung, 1 Apartment; Verkehrswert: 804.000,- EUR; davon entfällt auf Zubehör: 49.000,- EUR (Hotel-/Gastronomieeinrichtung).

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Hr. Najafzadeh Khoei, Tel. 0631 3636-35214.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. März 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Weitere Informationen im Internet unter www.versteigerungspool.de.

Kaiserslautern, den 6. März 2018

- 5 K 7/17 - Das Amtsgericht

1276.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 10. Juli 2018, 13.45 Uhr**, Raum 15, Sitzungssaal, Amtsgericht Kaiserslautern, Bahnhofstraße 24, 67655 Kaiserslautern, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Siegelbach Gemarkung Siegelbach Flur/Flurstück 115, Gebäude- und Freifläche, Kästenbergstraße 6, 540 m², Blatt 1316 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung; Wohnfläche ca. 183 m²; Entrümpelung und Entkernung notwendig; Heizung nicht ersichtlich. Verkehrswert: 85.000,- EUR.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Hr. Müller, Tel. 0631 365-2514; Herr Schlesinger, Tel. 0341 124-1911.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Juni 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Weitere Informationen im Internet unter www.versteigerungspool.de.

Kaiserslautern, den 7. März 2018

- 5 K 67/17 - Das Amtsgericht

1277.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 23. Mai 2018, 15.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Neunkirchen (Potsberg) Gemarkung Neunkirchen (Potsberg) Flur/Flurstück 2191, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, 529 m², Blatt 413 BV 8. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Hanglage; Teilunterkellerung; Ölzentralheizung; 2 Wohnungen mit separa-

tem Eingang; 2 Wohnungen mit Zugang über Eingangshalle; Wohnung 1: ca. 32 m², 1 Zimmer; Kochnische mit Dusche, WC; Wohnung 2: ca. 50 m², 2 Zimmer, Küche, Bad; Wohnung 3: ca. 114 m², 4 Zimmer, Küche, Bad/WC, Dusche/WC; Wohnung 4: ca. 97 m², 5 Zimmer, Küche, Bad, WC; Rückgebäude: ehemalige Scheune, Baujahr: 1950, 1993 zu Wohnzwecken umgebaut; eingeschossig mit ausgebautem Dachraum; Vollunterkellerung; Wohnung (Erdgeschoss und Dachraum): ca. 162 m², 5 Zimmer, Küche, Bad/WC, Dusche/WC; Büro (Keller): ca. 21 m²; 1 Büroeinheit ohne sanitäre Anlagen; Lagerraum (Keller): ca. 65 m²; Wohnungen und gewerbliche Einheit zum Teil vermietet. Laut Gutachten: Mehrfamilienhaus bestehend aus Hauptgebäude mit 4 Wohnungen sowie Rückgebäude mit 1 Wohnung und 1 gewerblichen Einheit; Hauptgebäude: ehemals Bauernhof, sehr alte Bausubstanz, Baujahr: 1750, 1981-1994 komplette Sanierung und Umbau zu MFH; zweigeschossig mit ausgebautem Dachraum; Verkehrswert: 171.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 17. September 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 1. März 2018

- 1 K 45/15 (2) - Das Amtsgericht

1278.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 29. Mai 2018, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Oberstaufenbach Gemarkung Oberstaufenbach Flurstück Nr. 1611/3, Gebäude- und Freifläche, Am Oberhauser Berg, 745 m², Blatt 297 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück bebaut mit einem freistehenden zweigeschossigen Einfamilienwohnhaus, UG ausgebaut, sowie Dachgeschoss und Dachraum, mit Einliegerwohnung sowie Garage und Carport, Baujahr: 2006 (geschätzt). Untergeschoss: Bad, Flur, WC, Kind, Schlafen, Wohnen/Küche/Essen. Erdgeschoss: Bad, Wohnen, Küche, Flur, Schlafen, Kind 1, Kind 2, Balkon. Dachgeschoss: Bad, 4 Kinderzimmer, Flur, Balkon. Dachraum: 1 Zimmer; Verkehrswert: 340.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. Februar 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 5. März 2018

- 1 K 4/17 (2) - Das Amtsgericht

1279.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 5. Juni 2018, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Schellweiler Gemarkung Schellweiler Flur/Flurstück 556/21, Gebäude- und Freifläche, In der Höll, 920 m², Blatt 773 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebautes Grundstück am Ortsrand, im Neubaugebiet gelegen. Die Entfernung zum Ortszentrum beträgt ca. 0,6 km; Geschäfte des täglichen

Bedarfs, Schulen und Ärzte ca. 6 km entfernt; öffentliche Verkehrsmittel (Bushaltestelle) ca. 5 Fußminuten entfernt; Verwaltung ca. 6 km (Kusel) entfernt; gute Wohnlage; leicht hängig; von der Straße nach Norden hin ansteigend; Versorgungs- und Entwässerungsanlagen für Hausanschluss bis an das öffentliche Netz vorhanden; Verkehrswert: 49.500,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. Mai 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 5. März 2018

- 1 K 16/17 (2) - Das Amtsgericht

1280.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 8. Mai 2018, 13.30 Uhr**, Raum 114, Sitzungssaal, Amtsgericht Lahnstein, Bahnhofstraße 25, 56112 Lahnstein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Miehlen Gemarkung Miehlen Flur 29 Flurstück Nr. 154/1, Gebäude- und Freifläche, Schulstraße 3, 1403 m², Blatt 3075 BV 1. Bürogebäude mit Wohnung (ehem. Fitness- und Reha-Sport-Zentrum) mit ca. 420 m² Wohn- und Nutzfläche. In dem Gebäude ist im Januar 2017 ein Wasserschaden aufgetreten. Verkehrswert: 80.000,- EUR.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Nassauische Sparkasse, Tel. 0611 364819-19.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. Dezember 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Lahnstein, den 8. März 2018

- 6 K 25/15 - Das Amtsgericht

1281.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 15. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum 517, Sitzungssaal, Amtsgericht Landau in der Pfalz, Marienring 13, 76829 Landau in der Pfalz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Eußerthal Gemarkung Eußerthal Flur/Flurstück 212/1, Gebäude- und Freifläche, Endelstraße 9, 227 m², Blatt 971 BV 2; Gemarkung Eußerthal Flur/Flurstück 212/2, Verkehrsfläche, Endelstraße (O, 26 QM), 0 m², Blatt 971 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): laut Gutachten: Grundstück, bebaut mit einem Einfamilienhaus, ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt; eingeschossig; unterkellert; ausgebautes Dachgeschoss; freistehend. Objektadresse laut Gutachten: Endelstraße 9, 76857 Eußerthal; Verkehrswert: 77.014,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Dezember 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landau, den 16. Februar 2018

- 1 K 99/16 - Das Amtsgericht

1282.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 9. Mai 2018, 10.15 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Waldmohr Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 55/100-Miteigentumsanteil, Sonderei-

gentums-Art: Sondereigentum an allen Räumen im Neubau - einschließlich der beiden nicht nummerierten WCs im Unter- und Erdgeschoss - sowie dem Treppenhaus zum Dachgeschoss des Neubaus, jeweils Nr. 4, Sondernutzungsrecht an der im Lageplan rot schraffierten Fläche sowie den beiden rot eingezeichneten und mit P 4 bezeichneten Stellplätzen, Blatt 3444; an Grundstück Gemarkung Waldmohr Flur/Flurstück 6073/1, Gebäude- und Freifläche, Badstraße 7, 490 m²; Gemarkung Waldmohr Flur/Flurstück 6073/2, Gebäude- und Freifläche, Badstraße 7A, 493 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung in Einfamilienhaus, Bj. ca. 2007, WFl. ca. 172 qm; WEG-Einheit besteht aus Dreifamilien- und Einfamilienhaus; Ort Waldmohr, VG Oberes Glantal; Verkehrswert: 310.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. Februar 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 19. Februar 2018

- K 4/17 - Das Amtsgericht

1283.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 16. Mai 2018, 10.15 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Waldmohr Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 3 ME-Anteil: 15/100, Sondereigentums-Art: Sondereigentum an allen Räumen im Erdgeschoss des Altgebäudes einschließlich Diele mit Vorraum sowie im Untergeschoss des Neubaus, jeweils Nr. 1; Sondernutzungsrecht: Sondernutzungsrecht an der im Lageplan gelb schraffierten Fläche und den beiden gelb eingezeichneten und mit P 1 bezeichneten PKW-Stellplätzen sowie an der mit Nr. 1, 2, 3 bezeichneten Zufahrt, Blatt 3441 BV 1; lfd. Nr. 5 ME-Anteil: 15/100, Sondereigentums-Art: Sondereigentum an allen Räumen im Obergeschoss des Altgebäudes einschließlich der nicht nummerierten Diele mit Vorraum sowie dem Balkon jeweils mit Nr. 2 bezeichnet; Sondernutzungsrecht: Sondernutzungsrecht an der im Lageplan grün schraffierten Fläche, dem grün gekennzeichneten und mit P 2 bezeichneten PKW-Stellplatz, der grün und mit Nr. 2 bezeichneten Garage sowie an der mit Nr. 1, 2, 3 bezeichneten Zufahrt, Blatt 3442 BV 1; lfd. Nr. 6 ME-Anteil: 15/100, Sondereigentums-Art: Sondereigentum an allen Räumen im Dachgeschoss des Altgebäudes einschließlich Diele mit Vorraum sowie dem Balkon jeweils Nr. 3; Sondernutzungsrecht: Sondernutzungsrecht an dem im Lageplan blau gekennzeichneten und mit P 3 bezeichneten PKW-Stellplatz, der blau und mit Nr. 3 bezeichneten Garage sowie an der mit Nr. 1, 2, 3 bezeichneten Zufahrt, Blatt 3443 BV 1; an Grundstück Gemarkung Waldmohr Flur/Flurstück 6073/1, Gebäude- und Freifläche, Badstraße 7, 490 m²; Gemarkung Waldmohr Flur/Flurstück 6073/2, Gebäude- und Freifläche, Badstraße 7a, 493 m². Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung in Dreifamilienhaus Bj. ca. 1992; WFl. ca. 130 qm; WEG-Einheit besteht aus Dreifamilien- und Einfamilienhaus; Ort Waldmohr, VG Oberes Glantal; Verkehrswert: 166.000,- EUR. Lfd. Nr. 5 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung in Dreifamilienhaus Bj. ca. 1992; WFl. ca. 96 qm; WEG-Einheit besteht aus Dreifamilien- und Einfamilienhaus; Ort Waldmohr, VG Oberes Glantal; Verkehrswert: 125.000,- EUR. Lfd. Nr. 6 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung in Dreifamilienhaus Bj. ca. 1992; WFl. ca. 83 qm; WEG-Einheit

besteht aus Dreifamilien- und Einfamilienhaus; Ort Waldmohr, VG Oberes Glantal; Verkehrswert: 108.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. September 2017 (Räume 1), 20. September 2017 (Räume 2) und 20. September 2017 (Räume 3) in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 22. Februar 2018

- 1 K 40/17 - Das Amtsgericht

1284.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 14. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum I, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bann Gemarkung Bann Flur/Flurstück 1942/10, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 74, 456 m², Blatt 1347. Laut Gutachten: Zweifamilienhaus, dreigeschossig; unterkellert; ausgebautes DG, freistehend, Baujahr 1873; 1955 kernsaniert; Modernisierungen 1985: Fenster; 1990: Heizung; 2000: Anbau Keller u. Wintergarten; 2010 Vollwärmeschutz; 2013 Anbau Garage; Verkehrswert: 163.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. November 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 19. Februar 2018

- 1 K 48/17 - Das Amtsgericht

1285.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 4. Juli 2018, 10.00 Uhr**, Raum III, Sitzungssaal, Amtsgericht Linz am Rhein, Am Konvikt 10, 53545 Linz am Rhein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Rheinbreitbach 1/2-Anteil Abt. I/1a an lfd. Nr. 1 Gemarkung Rheinbreitbach Flur 5 Flurstück Nr. 22, Gebäude- und Freifläche, Burgstraße 5, 196 m², Blatt 3707 BV 1. Eingetragen im Grundbuch von Rheinbreitbach 1/2-Anteil Abt. I/1d an lfd. Nr. 2 Gemarkung Rheinbreitbach Flur 5 Flurstück Nr. 22, Gebäude- und Freifläche, Burgstraße 5, 196 m², Blatt 3707 BV 1. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 1/2-Anteil an einem mit einem Einfamilienhaus bebauten Grundstück; Verkehrswert: 33.800,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 1/2-Anteil an einem mit einem Einfamilienhaus bebauten Grundstück; Verkehrswert: 33.800,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. Februar 2015 (1/2-Anteil 1.a) und 17. März 2017 (1/2-Anteil 1.d) in das Grundbuch eingetragen worden.

Linz, den 16. Januar 2018

- 6 K 5/15 - Das Amtsgericht

1286.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 24. Mai 2018, 14.30 Uhr**, Raum 16, Sitzungssaal, Amtsgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, 55116 Mainz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Heidesheim Gemarkung Heidesheim Flur 16 Flurstück Nr. 251/24, Gebäude- und Freifläche, Am Pfingstborn 9, 441 m²; Blatt 4012 BV 5. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): zweigeschossiges Einfamilienhaus in massiver Bauweise mit Einliegerwohnung und unterkellert Garage. Die Wohnfläche beträgt

insgesamt ca. 242 m², davon ca. 47 qm Einliegerwohnung; Verkehrswert: 461.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. Dezember 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mainz, den 6. März 2018

- 260 K 78/16 - Das Amtsgericht

1287.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 30. Mai 2018, 14.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bernel lfd. Nr. 1 Gemarkung Bernel Flur 2 Flurstück Nr. 420/1, Grünland, Seifenweg, 92 m², Blatt 1280 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Bernel Flur 2 Flurstück Nr. 1030/419, Grünland, Seifenweg, 22 m², Blatt 1280 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Bernel Flur 2 Flurstück Nr. 1086/420, Gebäude- und Freifläche, Seifenweg 4, 116 m², Blatt 1280 BV 3. Lfd. Nr. 1 „Unbebautes Grundstück“; Verkehrswert: 1700,- EUR. Lfd. Nr. 2 „Mit einem abbruchreifen Schuppen bebautes Grundstück“; Verkehrswert: 300,- EUR. Lfd. Nr. 3 „Mit einem renovierungsbedürftigen Einfamilienhaus bebautes Grundstück“; Verkehrswert: 59.000,- EUR. Der Einzel-Verkehrswert beträgt jeweils lt. Gutachten: lfd. Nr. 1 Objekt BV 1 Flur 2 Nr. 420/1 unbebaut, Verkehrswert: 1700,- EUR; lfd. Nr. 2 Objekt BV 2 Flur 2 Nr. 1030/419 Schuppen, Verkehrswert: 300,- EUR; lfd. Nr. 3 Objekt BV 3 Flur 2 Nr. 1086/420 EFH, Verkehrswert: 59.000,- EUR. Der Gesamt-Verkehrswert (ohne Inventar) beträgt somit wie folgt: 61.000,- EUR. Die drei Grundstücke bilden eine wirtschaftliche Einheit. Die drei Grundstücke befinden sich im laufenden vereinfachten Flurbereinigungsverfahren „Elztal I“, das voraussichtlich in 1 - 2 Jahren abgeschlossen wird. Zur weiteren detaillierten Objektbeschreibung (insbes. Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht, Konstruktionsart, Modernisierung, besondere Bauteile, Baumängel/Bauschäden, besondere wertbeeinflussende Umstände, Nutzfläche und Raumaufteilung, Zubehör, Gewerbe, Altlasten, Nebengebäude und Außenanlagen) wird auf den Gesamtinhalt des Gutachtens verwiesen.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 30. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 19. Februar 2018

- 2 K 48/17 - Das Amtsgericht

1288.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 8. Mai 2018, 11.10 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Pirmasens Gemarkung Pirmasens Flur/Flurstück 5111/167, Wohnhaus, Garage, Hofraum und Garten, Lortzingstraße 13, 260 m², Blatt 8520 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 1958 errichtetes und 1972 modernisiertes voll unterkellertes zweigeschossiges Einfamilienhaus (Doppelhaushälfte) mit ausgebautem Dachgeschoss und angebaute Einzelgarage; gemeinsame Trennwand zwischen den Doppelhaushälften entspricht nicht dem Stand der Schallschutztechnik; energetischer Zustand unzeitgemäß, erheblicher Unterhaltungsschaden und allgemeiner Re-

novierungsbedarf; hinsichtlich der Faserzementplatten der Giebelseite kann aufgrund des Baujahres eine Verwendung von Asbestfasern nicht ausgeschlossen werden; Verkehrswert: 83.100,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. Juni 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 5. März 2018

- 2 K 27/17 (2) - Das Amtsgericht

1289.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Ottersheim Blatt 418 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 6. Juni 2018, um 10.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle, Kreuznacher Straße 37, 67806 Rockenhausen, Sitzungssaal 1, versteigert werden.

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 1 Gemarkung Ottersheim, Flurstück 22/1, Gebäude-, und Freifläche, Hauptstraße 10, zu 590 m². Verkehrswert gemäß §§ 74 a Abs. 1 ZVG: Grundstück: 155.000,- EUR; Hälftanteile jeweils: 77.500,- EUR. Lt. vorliegendem Verkehrswertgutachten ist das Grundstück mit einem ca. 1881 errichteten, freistehenden, zweigeschossigen (Dachgeschoss ausgebaut), nicht unterkellerten Drei- bis Vierfamilienwohnhaus mit einer Wohn-/Nutzfläche von ca. 310 m² sowie einer Garage bebaut.

Beschlagnahme: 21. November 2016.

Nähere Informationen unter www.immobiliienpool.de.

Rockenhausen, den 21. Februar 2018

- 1 K 106/16 - Das Amtsgericht

1290.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs-Grundbuch von Breunigweiler Blatt 475 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 13. Juni 2018, um 10.00 Uhr**, im Amtsgericht Rockenhausen, Kreuznacher Straße 37, 67806 Rockenhausen, Erdgeschoss, Sitzungssaal 1, versteigert werden.

1 Miteigentumsanteil von 1/3 an Grundstück Breunigweiler Fl.St. 134/1, Gebäude- und Freifläche, Pfrimmstraße 24, 1646 m²; Breunigweiler Fl.St. 134/2, Landwirtschaftsfläche, Weiherwiesen, 0324 m²; verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Dachgeschoss und einem Garagenraum im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. IV; Verkehrswert gemäß §§ 74 a, 64 ZVG: Grundstück: 108.000,- EUR. Bereits in einem früheren Termin wurde der Zuschlag wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze bzw. 7/10-Grenze des Verkehrswertes gemäß §§ 85 a, 74 a ZVG versagt. Grenzen nach §§ 74 a, 85 a ZVG bestehen daher nun nicht mehr. Gemäß Gutachten handelt es sich um eine 4-Zimmer-Wohnung im Dachgeschoss. Wohnfläche ca. 107,90 m². Sondernutzungsrecht an der mittig liegenden Grundstücksfläche ist zugewiesen. Sondereigentum an der Garage rechts.

Beschlagnahme: 29. März 2016.

Nähere Informationen unter www.versteigerungspool.de ca. 4 Wochen vor dem Versteigerungstermin.

Rockenhausen, den 7. März 2018

- 2 K 31/16 - Das Amtsgericht

1291.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs-Grundbuch von Gerbach Blatt 1146 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Donnerstag, dem 7. Juni 2018, um 10.00 Uhr**, im Amtsgericht Rockenhausen, Kreuznacher Straße 37, 67806

Rockenhausen, Erdgeschoss, Sitzungssaal 2, versteigert werden.

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 1 Miteigentumsanteil zu 1830/10.000 an Grundstück Gemarkung Gerbach Flurstück 238/2, Gebäude- und Freifläche, Talstraße 10, zu 803 m²; Gemarkung Gerbach Flurstück 236/9, Gebäude- und Freifläche, Talstraße 10, zu 25 m²; verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Obergeschoss des vorderen Hauses und dem Kellerraum im vorderen Haus im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 4. Verkehrswert gemäß §§ 74 a, 64 ZVG: Grundstück: 75.000,- EUR. Bereits in einem früheren Termin wurde der Zuschlag wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze bzw. 7/10-Grenze des Verkehrswertes gemäß §§ 85 a, 74 a ZVG versagt. Grenzen nach §§ 74 a, 85 a ZVG bestehen daher nun nicht mehr. Gemäß Gutachten handelt es sich um eine im 1. OG eines ca. 1920 errichteten Mehrfamilienhauses gelegene Dreizimmerwohnung mit Küche, Flur, Bad und Abstellraum mit einer Wohn-/Nutzfläche von ca. 84 m².

Beschlagnahme: 24. Juli 2017.

Nähere Informationen unter www.versteigerungspool.de ca. 4 Wochen vor dem Versteigerungstermin.

Rockenhausen, den 28. Februar 2018

- 2 K 45/17 - Das Amtsgericht

1292.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 25. Juni 2018, 14.00 Uhr**, Raum 23, Sitzungssaal, Amtsgericht Sinzig, Barbarossastraße 21, 53489 Sinzig, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Oedingen Gemarkung Oedingen Flur 5 Flurstück Nr. 244, Gebäude- und Freifläche, Finkenweg 16, 480 m², Blatt 1102 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus und die PKW-Garage; Verkehrswert: 241.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. Oktober 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Sinzig, den 27. Februar 2018

- 6 K 33/15 - Das Amtsgericht

1293.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 4. Juli 2018, 14.00 Uhr**, Raum 23, Sitzungssaal, Amtsgericht Sinzig, Barbarossastraße 21, 53489 Sinzig, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Sinzig lfd. Nr. 1 Gemarkung Sinzig Flur 10 Flurstück Nr. 813/3, Gebäude- und Freifläche, Weidenweg 5, 7 m² Blatt 8015 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Sinzig Flur 10 Flurstück Nr. 814/4, Gebäude- und Freifläche, Weidenweg 5, 309 m² Blatt 8015 BV 2. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Schmäler Grundstücksstreifen, der parallel zum Flurstück 814/4 verläuft und mit einem Teil der Garage bebaut ist; Verkehrswert: 1500,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Flurstück ist mit einem Einfamilienwohnhaus und mit einem Teil der Garage bebaut; Verkehrswert: 237.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 21. Januar 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Sinzig, den 27. Februar 2018

- 6 K 2/16 - Das Amtsgericht

1294.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 2. Mai 2018, 14.00 Uhr**, Raum 23, Sitzungssaal, Amtsgericht Sinzig, Barbarossastraße 21, 53489 Sinzig, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Oberwinter Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 234/10.000, Sondereigentums-Art: Wohnung im IV. Obergeschoss des Hauses Bonner Straße 52 - 54 und einem Pkw-Einstellplatz, jeweils bezeichnet mit Nr. 102 lt. Aufteilungsplan, Blatt 2889 BV 1; an Grundstück Gemarkung Oberwinter Flur 13 Flurstück Nr. 179/22, Gebäude- und Freifläche, Bonner Straße 48 - 54, 44 m²; Gemarkung Oberwinter Flur 13 Flurstück Nr. 179/21, Gebäude- und Freifläche, Bonner Straße 48 - 54, 5 m²; Gemarkung Oberwinter Flur 13 Flurstück Nr. 185/3, Gebäude- und Freifläche, Bonner Straße 48 - 54, 5100 m²; Gemarkung Oberwinter Flur 13 Flurstück Nr. 185/2, Gebäude- und Freifläche, Bonner Straße 48 - 54, 370 m²; Gemarkung Oberwinter Flur 13 Flurstück Nr. 179/23, Gebäude- und Freifläche, Bonner Straße 48 - 54, 11 m²; Gemarkung Oberwinter Flur 13 Flurstück Nr. 362/2, Gebäude- und Freifläche, Bonner Straße 48 - 54, 1722 m². Zusatz: Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter; Ausnahmen: Veräußerung an Ehegatten, an Verwandte gerader Linie, an Verwandte zweiten Grades der Seitenlinie, an einen anderen Wohnungseigentümer oder dessen Ehegatten, durch Insolvenzverwalter, durch Zwangsvollstreckung; Verkehrswert: 60.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 21. September 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Sinzig, den 7. März 2018

- 6 K 8/16 - Das Amtsgericht

1295.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 9. Juli 2018, 14.00 Uhr**, Raum 23, Sitzungssaal, Amtsgericht Sinzig, Barbarossastraße 21, 53489 Sinzig, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wehr (Eifel) Gemarkung Wehr (Eifel) Flur 3 Flurstück Nr. 29, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 42, 333 m², Blatt 3318 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): ein mit einem Einfamilienwohnhaus und einem Nebengebäude bebautes Grundstück; Verkehrswert: 100.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. Februar 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Sinzig, den 2. März 2018

- 6 K 5/17 - Das Amtsgericht

1296.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, 14.00 Uhr**, Raum 23, Sitzungssaal, Amtsgericht Sinzig, Barbarossastraße 21, 53489 Sinzig, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Niederzissen Gemarkung Niederzissen Flur 14 Flurstück Nr. 231, Gebäude- und Freifläche, Bächelsberg 50, 975 m², Blatt 3183 BV 4; Gemarkung Niederzissen Flur 14 Flurstück Nr. 231, Erholungsfläche, Bächelsberg 50, 645 m², Blatt 3183 BV 4. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): ein mit einem freistehenden, vollunterkellerten, eingeschossigen Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachge-

schoß und einer im Kellergeschoss integrierten PKW-Doppelgarage bebautes Grundstück; Verkehrswert: 165.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Sinzig, den 27. Februar 2018

- 6 K 33/17 - Das Amtsgericht

1297.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Freitag, dem 15. Juni 2018, 10.00 Uhr**, Raum 118, Sitzungssaal, Amtsgericht St. Goar, Bismarckweg 3 - 4, 56329 St. Goar, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Lierschied Gemarkung Lierschied Flur 12 Flurstück Nr. 105, Gebäude- und Freifläche, Auf der Burg 4, 588 m², Blatt 813 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Grundstück ist bebaut mit einem 1-geschossigen, unterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss. Baujahr 2003 - 2004; Wohnfläche ca. 153 qm; Verkehrswert: 143.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Mai 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 5. März 2018

- 1 K 19/17 - Das Amtsgericht

1298.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Freitag, dem 25. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum 118, Sitzungssaal, Amtsgericht St. Goar, Bismarckweg 3 - 4, 56329 St. Goar, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Kratzenburg Gemarkung Kratzenburg Flur 7 Flurstück Nr. 173, Gebäude- und Freifläche, Kirchweg 5, 218 m², Blatt 660 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Grundstück ist bebaut mit einem Einfamilienwohnhaus mit Garage. Es handelt sich um ein ehemaliges Fachwerkhaus aus dem 19. Jahrhundert, das mehrfach umgebaut und erweitert wurde; Wohnfläche ca. 134 qm; Verkehrswert: 74.400,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 23. Februar 2018

- 1 K 30/17 - Das Amtsgericht

1299.

Zum Zweck der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Donnerstag, dem 14. Juni 2018, 14.00 Uhr**, Raum 56, Sitzungssaal, Amtsgericht Trier, Justizstraße 2, 4, 6, 54290 Trier, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Ockfen Gemarkung Enschede Flur 6 Flurstück Nr. 63, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Herrenbergstraße 30, 706 m², Blatt 1971 BV 1. (Einfamilienhaus mit Nebengebäude; 177 qm Wohn-/Nutzfläche; Carport). Verkehrswert: 182.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 28. Februar 2018

- 23 K 77/17 - Das Amtsgericht

1300.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Donnerstag, dem 13. September 2018, 9.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Willmenrod Gemarkung Willmenrod Flur 7 Flurstück Nr. 152/1, Gebäude- und Freifläche, Bornstraße 13, 348 m², Blatt 877 BV Nr. 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilien-Wohnhaus mit einer Scheune und einem Schuppen; Verkehrswert: 67.200,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 6. März 2018

- 11 K 62/17 - Das Amtsgericht

1301.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 5. Juni 2018, 10.00 Uhr**, Raum 3, Sitzungssaal, Amtsgericht Wittlich, Kurfürstenstraße 63, 54516 Wittlich, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Pohlbach lfd. Nr. 1 Gemarkung Pohlbach Flur 7 Flurstück Nr. 24, Landwirtschaftsfläche, Im Brühlgarten, 1448 m², Blatt 1348 BV 1. Eingetragen im Grundbuch von Rivenich lfd. Nr. 2 Gemarkung Rivenich Flur 5 Flurstück Nr. 270/153, Waldfläche, Im Hansenberg, 2409 m², Blatt 2943 BV 1. Lfd. Nr. 1 Landwirtschaftsfläche; Verkehrswert: 1448,- EUR. Lfd. Nr. 2 Waldfläche; Verkehrswert: 1982,31 EUR; davon entfällt auf Zubehör: 777,81 EUR (Aufwuchs).

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. November 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Wittlich, den 20. Februar 2018

- 12a K 31/16 - Das Amtsgericht

1302.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 12. Juni 2018, 10.00 Uhr**, Raum 4, Sitzungssaal, Amtsgericht Wittlich, Kurfürstenstraße 63, 54516 Wittlich, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Dierscheid Gemarkung Dierscheid, Flur 2 Flurstück Nr. 278/3, Gebäude- und Freifläche, Karl-Kaufmann-Weg 25, 502 m², Blatt 567 BV 1. Zusatz: in Erbengemeinschaft. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): ehemaliges kleines landwirtschaftliches Anwesen, Karl-Kaufmann-Weg 25, 54523 Dierscheid; Verkehrswert: 70.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin

aus den Gründen des § 74 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. November 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Wittlich, den 6. März 2018

- 12a K 35/16 - Das Amtsgericht

1303.

Im Wege der Zwangsvollstreckung (Wiederversteigerung) soll **am Dienstag, dem 19. Juni 2018, 10.30 Uhr**, Raum 3, Sitzungssaal, Amtsgericht Wittlich, Kurfürstenstraße 63, 54516 Wittlich, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Manderscheid (bei Wittlich) lfd. Nr. 1 Gemarkung Manderscheid (bei Wittlich) Flur 4 Flurstück Nr. 289/3, Gebäude- und Freifläche, Kieselweg 3, 1 m², Blatt 2175 BV 8; lfd. Nr. 2 Gemarkung Manderscheid (bei Wittlich) Flur 4 Flurstück Nr. 162/13, Gebäude- und Freifläche, Kieselweg, 654 m², Blatt 2175 BV 11; lfd. Nr. 3 Gemarkung Manderscheid (bei Wittlich) Flur 4 Flurstück Nr. 239/3, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Kurfürstenstraße 35, 4445 m², Blatt 2175 BV 14; lfd. Nr. 4 Gemarkung Manderscheid (bei Wittlich) Flur 4 Flurstück Nr. 312/12, Erholungsfläche, Kurfürstenstraße 35, 16 m², Blatt 2175 BV 15. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 63,33 EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 41.418,30 EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Hotelgebäude mit Garagen in 54531 Manderscheid, Kurfürstenstraße 35 und Kieselweg; Verkehrswert: 281.505,08 EUR. Lfd. Nr. 4 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 1013,29 EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 17. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Wittlich, den 2. März 2018

- 12a K 15/17 - Das Amtsgericht

1304.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 19. Juni 2018, 14.00 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Wittlich, Kurfürstenstraße 63, 54516 Wittlich, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wittlich Gemarkung Wittlich Flur 20 Flurstück Nr. 154/98, Gebäude- und Freifläche, Römerstraße, 650 m², Blatt 8745 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Zweifamilienhaus mit Imbiss, Römerstraße 66a, 54516 Wittlich. Der Wert des Zubehörs konnte nicht ermittelt werden, da das Versteigerungsobjekt nur von außen begutachtet werden konnte. Es wird unterstellt, dass das Zubehör im Eigentum des Schuldners steht und somit der Beschlagnahme unterliegt; Verkehrswert: 465.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Wittlich, den 6. März 2018

- 12b K 11/17- Das Amtsgericht

Staatsanzeiger

für das Land Rheinland-Pfalz

G 6436

Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Postfach 3880, 55028 Mainz
